

Policy Paper

03/10

Deutschland und das Dynamische Dutzend: Neue Partnerschaften schaffen globale Handlungsfähigkeit

Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise zeichnet sich eine multipolare Weltordnung als neue Normalität langsam ab. Die machtpolitische Balance verschob sich nachhaltig, auch wenn Deutschland die folgenreichste Rezession der Nachkriegszeit relativ gut überstand. Das „Dynamische Dutzend“ – eine Gruppe ehemaliger Schwellenländer von nunmehr globaler Relevanz – hat die Bühne der Weltpolitik betreten. Wenn Deutschland weiterhin global handlungsfähig bleiben will, stellt es sich auf diese Akteure ein. Dies gelingt durch entsprechende Maßnahmen auf drei miteinander verzahnten Ebenen: Das Fördern von Schlüsselindustrien sowie das Sichern der Rohstoffversorgung stärken die heimischen Wirtschaftskräfte. Die Etablierung einer strategischen Kultur und die Sanierung der Staatsfinanzen sichern staatliche Handlungsfähigkeit. Neue Partnerschaften auf Augenhöhe sowie eine Reform globaler Institutionen stärken globale Mitverantwortung.

1. Die Krise als Katalysator

Die Bedeutung historischer Einschnitte zeigt sich bekanntlich erst mit einiger Distanz zu den jeweiligen Entwicklungen. Doch schon jetzt lässt sich feststellen, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise eine starke katalysierende Wirkung auf geopolitische Machtverschiebungen und die Weltordnung insgesamt hatte. Bestehende Trends wurden akzentuiert, beschleunigt oder überhaupt erst durch die von den Finanzmärkten ausgelösten Umwälzungen sichtbar. Die kurze Phase der Unipolarität scheint passé, ohne dass wir genau wissen, welche (Un-)Ordnung sie ablöst.

Konkret offenbarte die Finanz- und Wirtschaftskrise zwei gegenläufige Trends: Während sich die westlichen Industrienationen nur langsam erholen, beschleunigte sich in weiten Teilen Asiens und anderen aufstrebenden Märkten die wirtschaftliche Aufholjagd. Der langfristige Trend verzeichnet ein verlangsamtes Wirtschaftswachstum im Westen und eine dynamische Entwicklung in

anderen Teilen der Welt. Die Unterscheidung zwischen Industrie- und Schwellenländern ist nicht mehr zeitgemäß. Besser eignet sich der Sammelbegriff „Dynamisches Dutzend“ („Dynamic Dozen“) für die derzeit am weitesten entwickelten Staaten außerhalb der G 7, des Clubs der sieben ehemals größten Wirtschaftsmächte.

Das Dynamische Dutzend, angeführt von Staaten wie China, Brasilien, Indien und dem wiedererstarkten Russland, bildet die neue Lokomotive der Weltwirtschaft. Fast die gesamte Zunahme des Wachstums der Weltwirtschaft seit 2008 ist auf diese und andere Schwellenländer zurückzuführen. In der Summe lösen diese Länder die Vereinigten Staaten, welche genauso wie die europäischen Industrienationen mit den Kosten der Krise kämpfen, zunehmend als zentralen Taktgeber für die weltwirtschaftliche Entwicklung ab. Während die Wirtschaftsleistung in den Jahren 2010–2011 im Großteil der Welt um zum Teil deutlich über 3 Prozent zunehmen wird, ist fast ausschließlich in

Dr. Cornelius Adebahr
Fellow 2009/2010

Rainer Breul
Associate 2009/2010

Axel-Rainer Hoffmann
Associate 2009/2010

Jörn Holtmeier
Associate 2009/2010

Tina Kleingarn
Associate 2009/2010

Dr. Sören Kupke
Associate 2009/2010

Philip Madelung
Associate 2009/2010

Markus Walter
Associate 2009/2010

Europa, den USA und Japan ein geringes Wachstum von unter 3 Prozent zu erwarten. Diese Zahlen verdeutlichen: Der Westen verliert Macht. Das Dynamische Dutzend gewinnt diese hinzu.

Dabei hat die Finanz- und Wirtschaftskrise diese bestehenden Trends nicht aufgehalten, sondern sogar beschleunigt. Entwicklungen wie der Aufstieg der Schwellenländer oder die Schwächung der Global Governance sind seit Langem erkennbar, haben aber in den vergangenen Jahren eine bisher nicht gekannte Relevanz erfahren. Noch im Jahr 2005 hatte die Investmentbank Goldman Sachs ein wirtschaftliches Überholen der G 7 durch Brasilien, Russland, Indien und China für nach dem Jahr 2040 prognostiziert. Ende 2009 erwartete sie diesen Zeitpunkt bereits für das Jahr 2032. Dass China Japan als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt überholen würde, hatte die Bank ursprünglich für das Jahr 2015 vorhergesagt – geschehen ist es dann im Sommer 2010.

Mit dem schnellen Überwinden der Krise überschritten die Länder des Dynamischen Dutzends die Schwelle zu globaler Macht. Zukünftig können auch Staaten wie Indonesien, Mexiko und Südafrika bei der Behandlung von Problemen mit weltweiter Bedeutung nicht länger übergangen werden. Sie stehen in vielen Fragen auf Augenhöhe mit etablierten Ländern des Westens.

In den westlichen Industrienationen hingegen beschleunigte die Krise den Anstieg der Staatsverschuldung noch. Innerhalb der Eurozone verstoßen 13 der 16 Mitgliedsstaaten sowohl gegen das 3-Prozent-Kriterium für das Budgetdefizit als auch gegen die 60-Prozent-Marke für die Staatsschuld (gemessen am Bruttoinlandsprodukt [BIP]). Projektionen der Europäischen Zentralbank sehen ein Absinken der Staatsschuld auf das Vorkrisenniveau nicht vor dem Jahr 2025. Auch in Großbritannien und den USA erreichten die Schuldenstände im vergangenen Jahr mit 75 Prozent beziehungsweise 53 Prozent des BIP

Neuordnung der Welt: Das Dynamische Dutzend



Quelle: Sören Kupke

(bei einem Haushaltsdefizit von über 10 Prozent in beiden Ländern) bedrohliche und bisher nicht gekannte Ausmaße. Besonders gefährlich ist diese Tendenz vor dem Hintergrund, dass in allen Demokratien die steigenden Kosten für soziale Sicherung (Gesundheitssystem, Rentenversicherung etc.) den haushaltspolitischen Spielraum ohnehin einschränken. Die Verbindung aus Wirtschaftskrise und den nun nötigen Sparpaketen beeinträchtigt die Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik und anderer westlicher Länder im Ausland unmittelbar.

Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der darauf folgenden Eurokrise droht Deutschland von den Entwicklungen in anderen Teilen der Welt mittelfristig machtpolitisch abgehängt zu werden. Denn sowohl der innere (wirtschaftliche) Motor als auch der äußere (europäische) Rahmen erfuhren eine relative wie absolute Schwächung. Während die deutsche Wirtschaft in den Jahren 2008/2009 eingebrochen ist und voraussichtlich erst im Jahr 2012 bzw. 2013 ihr Vorkrisenniveau wieder erreichen wird, verzeichneten beispielsweise China, Indien und Indonesien auch

im Krisenjahr 2009 ein robustes Wachstum von zwischen 4,5 Prozent und fast 9 Prozent. Die Ökonomien von Ländern wie Südkorea, Brasilien und Südafrika stagnierten zwar bzw. schrumpften leicht, doch haben sie sich seitdem deutlich schneller erholt. Es passt in dieses Bild, dass sich Deutschland seit Anfang des Jahres nur noch „Exportvizeweltmeister“ nennen darf, da China im vergangenen Jahr gemessen am Wert erstmals mehr Güter ausfuhrte als die Bundesrepublik.

Die EU ihrerseits ist durch die fortdauernde Euro-Schuldenkrise sowie interne Kompetenzstreitigkeiten geschwächt. Auch wenn Staaten wie Großbritannien, Japan oder die USA durchaus einen höheren Schuldenstand aufweisen, gilt die Eurozone aufgrund der Unterschiede zwischen ihren Volkswirtschaften und der mangelhaften wirtschaftspolitischen Steuerung weiterhin als Sorgenkind der Finanzmärkte. Auch hat das europäische Krisenmanagement, das von augenfälliger Uneinigkeit gerade zwischen Frankreich und Deutschland geprägt war, seit Anfang des Jahres nicht zu einem Eindruck von Stärke beigetragen. Umso härter trifft die durch die Finanz- und Wirtschaftskrise verschärfte globale Konkurrenz den alten Kontinent.

Insofern sind die jüngst hierzulande erschienenen verhalten optimistischen Wachstums- und Arbeitslosenzahlen nur ein geringer Trost. Da die exportgetriebene Erholung im Wesentlichen durch auslaufende staatliche Konjunkturpakete in Drittländern und konjunkturelle Lagereffekte getrieben ist, signalisieren diese Zahlen noch keine dauerhafte Dynamik. Zudem sagen sie nichts über die relative Schwäche des Landes im Vergleich zu den aufstrebenden Mächten aus.

Selbst wenn Deutschland für sich genommen also die Krise überraschend gut überstanden haben sollte, muss die Bundesregierung diese globale Machtverschiebung erkennen und entsprechend reagieren. Die gegenwärtige positive Stimmung darf also nicht zu Selbstzufriedenheit füh-

ren, sondern stellt eine Chance für eine grundlegende geopolitische Weichenstellung dar – nicht zuletzt, weil nunmehr der Blick frei sein sollte für

Die gegenwärtige positive Stimmung darf nicht zu Selbstzufriedenheit führen, sondern stellt eine Chance für eine grundlegende geopolitische Weichenstellung dar. Zentrales Element dieser Neuorientierung muss dabei die Überzeugungsarbeit gegenüber der eigenen Bevölkerung sein.

die Chancen und Risiken einer veränderten Welt, statt gefesselt zu sein von Abwehr und Angst. Die Bundesregierung sollte wie folgt reagieren:

- **1. Wirtschaftskräfte stärken.** Sie stellen die Grundlage für den globalen Gestaltungsanspruch des Landes dar. Hierzu fördert die Bundesregierung Investitionen in Zukunftstechnologien, hilft bei der Sicherung der Versorgung mit wichtigen Rohstoffen und verzahnt ihre Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik.
- **2. Staatliche Handlungsfähigkeit sichern.** Über die Standardformeln von Wohlstand und Wachstum, Freiheit und Sicherheit hinaus verschafft sich Deutschland Klarheit über seine Ziele in einer veränderten Welt. Diese Positionsbestimmung ist Teil einer notwendigen strategischen Kultur und liefert den Rahmen für die bereits begonnene Sanierung der Staatsfinanzen.
- **3. Globale Mitverantwortung fördern.** Partnerschaften auf Augenhöhe mit dem Dynamischen Dutzend nutzen nicht nur Deutschlands (wirtschaftlichen) Interessen. Sie ermutigen auch jene Staaten zu stärkerer Verantwortungsübernahme bei der Lösung globaler Probleme, unter anderem durch eine Reform globaler Institutionen.

Zentrales Element dieser Neuorientierung muss dabei die Überzeugungsarbeit gegenüber der

eigenen Bevölkerung sein. Deutschland hat sich in der Vergangenheit auch deshalb immer für einen freien Welthandel eingesetzt, weil seine Produkte und Dienstleistungen wettbewerbsfähig sind und beide Seiten vom Handel mit Deutschland profitieren. Allein dieser Glaube scheint in den vergangenen beiden von der Globalisierung stark geprägten Jahrzehnten an Anziehungskraft verloren zu haben. Auch wenn manche der angesprochenen Punkte von der Bundesregierung bereits vorgesehen sind, fehlt es in eklatanter Weise an öffentlichem Bewusstsein über das Ausmaß des globalen Wandels und seiner Auswirkungen auf das Land. Dies zu ändern muss ein wesentlicher Teil der Antwort Deutschlands auf die Krise sein.

Die Zukunft wird der Vergangenheit kaum ähneln. Weder der Ära des Kalten Krieges mit seiner für die damalige Bundesrepublik relativ komfortablen Abschottung vor internationaler Konkurrenz noch den folgenden knapp zwei Jahrzehnten mit zwei wirtschaftlichen Boomphasen unter amerikanischer Dominanz. Länder wie Großbritannien haben, auch in der Folge des jüngsten Regierungswechsels, bereits mit einer Neuorientierung ihrer Außenpolitik begonnen. Auch Deutschland muss nun seine Ziele neu formulieren, um in einer veränderten Welt handlungsfähig zu bleiben. Gleichzeitig kann es daran mitwirken, das bislang nicht ausgeschöpfte globale Verantwortungspotenzial des Dynamischen Dutzends nutzbar zu machen.

2. Das Dynamische Dutzend als Gewinner der Krise

Die vorliegende Studie beleuchtet die durch die weltweite Rezession 2008/2009 zutage getretenen Veränderungen des globalen Machtgefüges und schlägt eine Reihe von Maßnahmen vor, mit denen die Bundesregierung die sich aus der neuen Situation ergebenden Chancen nutzen beziehungsweise deren Risiken minimieren kann. Hauptuntersuchungsgegenstand ist die andauernde

Finanz- und Wirtschaftskrise, die im zweiten Halbjahr 2007 ihren Ausgang auf dem US-amerikanischen Immobilienmarkt nahm. Das Platzen der Kreditblase im sogenannten „Subprime“-Sektor führte zum Vertrauensverlust in den Märkten sowie zwischen den Banken. Vorläufiger Höhepunkt war die Pleite der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008.

Der auf die Finanzkrise folgende Einbruch im Welthandel und in der globalen Produktion läutete die Wirtschaftskrise ein. Im Jahr 2009 schrumpfte das Welt-BIP erstmals seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Nur durch massive Staatsinterventionen zur Rettung maroder Banken wie auch zur Stützung der einbrechenden Konjunktur, koordiniert durch die nun auch auf Staats- und Regierungsebene tagende G 20, konnte eine „finanzielle Kernschmelze“ verhindert werden. In der Folge stieg die Staatsverschuldung gerade in westlichen Ländern enorm, während Länder wie China, Indien und Brasilien sich bereits deutlich schneller von der Großen Rezession erholten.

Tatsächlich ist erkennbar, dass sich ökonomische und mit ihr wesentliche Teile politischer Macht vom über Jahrzehnte hinweg dominierenden Westen hin zu den Schwellenländern verschoben hat. Letztere tragen schon heute knapp die Hälfte (47 Prozent) zum globalen Wirtschaftswachstum bei. Auch Auslandsinvestitionen (Foreign Direct Investments [FDI]) sind längst keine Einbahnstraße mehr: Vor allem chinesische, russische und indische Unternehmen suchen gezielt auch den direkten Einstieg in die westlichen Märkte.

Seit einigen Jahren findet der Begriff „Schwellenländer“ vermehrt Verwendung als Synonym für diejenige Gruppe von Staaten außerhalb der etablierten Industrienationen, denen zumindest eine regional, wenn nicht auch global herausragende Stellung zukommt. Der geläufigen Abkürzung „BRIC“ entsprechend gehören Brasi-

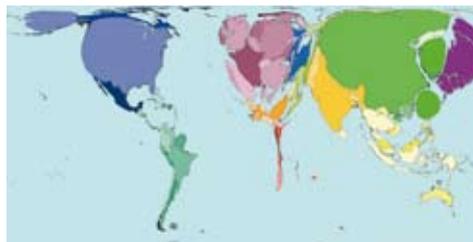
lien, Russland, Indien und China zu dieser Gruppe. Bezogen auf ihr politisches und wirtschaftliches Potenzial spielen Indonesien, Südafrika und Mexiko ebenfalls in dieser Liga. Die Entwicklungspolitik etablierte für solche Staaten im vergangenen Jahrzehnt auch die Bezeichnung „Ankerland“. Der Begriff selbst zielt nur auf die – positive oder negative – zentrale Bedeutung eines Landes ab und ist somit wertfrei zu verstehen. Er sagt nichts darüber aus, ob ein Ankerland Motor regionaler Entwicklung oder Ausgangspunkt für länderübergreifende Stagnation ist.

Mit dem guten konjunkturellen Abschneiden nach der Finanz- und Wirtschaftskrise und ihrer Aufwertung durch das Krisenmanagement der G 20 ist offensichtlich: Eine große Zahl der so bezeichneten Länder hat bereits die Schwelle zur globalen Bedeutung überschritten. Ohne diese Länder ist eine wirksame Lösung der globalen Probleme des 21. Jahrhunderts kaum vorstellbar.

Ebenso ist deutlich, dass die häufige Reduzierung des wirtschaftlichen und auch politischen Aufstiegs der Schwellenländer auf nur eine Handvoll Staaten (in der Regel werden Brasilien, Russland, Indien und China in einem Atemzug genannt) zu kurz greift. Der Erfolg des Begriffs „BRIC“ sowie der dahinter stehenden Staaten hat zu neuen Wortschöpfungen für die zweite Generation aufstrebender Länder geführt, von „CIVETS“ (so benennt die Economist Intelligence Unit eine Gruppe von sechs aussichtsreichen Märkten) bis „N 11“ (Goldman Sachs' Bezeichnung für die nächsten elf Schwellenländer). Doch zielt dieser Fokus auf Investorenanreize und lässt die weitere politische Bedeutung dieser Länder außer Acht.

Die nähere Betrachtung einer Kombination wirtschaftlicher und politischer Machtfaktoren ergibt eine Liste neuer Leitökonomien mit globaler Reichweite (siehe Übersicht im Anhang, Seite 26). Demnach sind China, Brasilien, Indien, Russ-

Anteil am Welt-BIP (in kaufkraftbereinigten US-Dollar) im Verhältnis zum Territorium eines Landes im Jahr 2015



© Copyright SASI Group (University of Sheffield) and Mark Newman (University of Michigan)

land, Indonesien, Mexiko, Südafrika, Argentinien, Südkorea, Nigeria, Vietnam und die Türkei allesamt neumächtige Staaten. Sie sollten nicht länger allein oder auch nur primär durch die Brille wirtschaftlicher Rückständigkeit betrachtet werden (denn genau dies impliziert der Begriff „Schwellenland“), sondern mit Blick auf ihr ökonomisches Potenzial und ihre Bedeutung für die Lösung globaler Probleme.

Auf diese Gruppe von Staaten passt die Bezeichnung „Dynamisches Dutzend“. Das Adjektiv „dynamisch“ verdeutlicht ihre auf wirtschaftlichem Wachstum beruhende Bedeutung (während die entwickelten Ökonomien zumal in Westeuropa bei geringen Wachstumsraten eher statisch sind). Das neutrale Zahlwort „Dutzend“ wiederum wählen wir, weil diese Staaten bislang gerade nicht haben erkennen lassen, ob sie ihr Machtpotenzial im Sinne globaler Gestaltung nutzen oder weiterhin die Übernahme von Verantwortung vermeiden wollen. Gleichzeitig verstehen wir die Zahl 12 nicht als limitierende Größe, wie ja auch der G 20 de facto mehr als 20 Staaten und Organisationen angehören.

Im Folgenden untersuchen wir, welche Auswirkungen die Finanz- und Wirtschaftskrise auf die globale Machtbalance gehabt hat. Jene Auswirkungen lassen sich anhand von Trends aufzeigen, die im Zuge der Krise eine Verstärkung bzw. Beschleunigung erfahren haben.

3. Erkennbare Trends einer globalen Machtverschiebung

Exemplarisch lässt sich die von der Finanz- und Wirtschaftskrise akzentuierte globale Machtverschiebung an folgenden Trends festmachen:

1. dem ökonomischen Aufstieg des Dynamischen Dutzends,
2. dem Anstieg der Staatsschulden in der entwickelten Welt,
3. der zunehmenden Konkurrenz um Rohstoffe sowie
4. der Schwächung des Systems der Global Governance.

3.1 Der Aufstieg des Dynamischen Dutzends setzt sich fort ...

Das Dynamische Dutzend ist die neue Lokomotive der Weltwirtschaft. Auch wenn die Krise einzelne Länder wie Mexiko, Russland, die Türkei oder Südafrika hart getroffen hat, so dürften alle genannten Staaten im laufenden Jahr wieder deutliche Wachstumsraten vorweisen. Vor allem blicken sie auf ein Jahrzehnt zurück, in dem ihre Wirtschaften trotz Internet- und Immobilienkrise um durchschnittlich 3,5 bis 10 Prozent pro Jahr (Ausnahme: Mexiko mit nur rund 2 Prozent) gewachsen sind. Gleichzeitig ist der Anteil am Welthandel der in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vereinten Länder zwischen 1992 und 2008 von 73 Prozent auf 64 Prozent gesunken.

Doch handeln die Länder des Dynamischen Dutzends nicht nur, sondern investieren auch. Im Jahr 2009 tätigten sie ausländische Direktinvestitionen in Höhe von über 1040 Milliarden US-Dollar. Ihren Anteil an den weltweiten FDI verfünffachten sie so im Vergleich zu 2001 auf 5,5 Prozent. Waren chinesische, indische oder russische Staatsfonds bis vor Kurzem als Investoren unwillkommen, so stehen sie nach der Krise als potenzielle Retter westlicher Unternehmen da. Griechenlands Regierung sucht chinesische

Investoren für Seeverkehr und Telekommunikation. Und neuerdings sieht das Bundeswirtschaftsministerium das Vermarkten des Investitionsstandorts Deutschland gegenüber Staatsfonds als einen Teil der Außenwirtschaftsoffensive an.

In der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) machen Staaten wie China, Indien und Brasilien den etablierten „Gebern“ des Westens Konkurrenz. Als Gegenleistung für weniger strikt an Konditionen gebundene Hilfs- oder Entwicklungskredite erhalten jene Staaten privilegierten oder exklusiven Zugang zu Rohstoffen sowie lukrative Verträge. Dabei unterwandern sie zum Teil deut-

Das Dynamische Dutzend ist die neue Lokomotive der Weltwirtschaft, während der Anteil des Westens am Welthandel beständig sinkt. Waren chinesische, indische oder russische Staatsfonds bis vor Kurzem noch unwillkommen, so stehen sie nun als potenzielle Retter westlicher Unternehmen da.

sche entwicklungspolitische Ziele. Ihr eigenes rapides Wirtschaftswachstum und der damit neu gewonnene, oft jedoch äußerst ungleich verteilte Wohlstand führen zudem dazu, dass die klassische EZ gegenüber dem Dynamischen Dutzend weniger Hebelwirkung entfaltet und schwieriger zu rechtfertigen ist. Der Westen verliert somit an Einflussmöglichkeiten und sucht nach einem geeigneten Umgang mit dieser entwicklungspolitischen Konkurrenz.

3.2 ... während die Industrienationen mit den finanziellen Kosten der Krise kämpfen

Die Finanz- und Wirtschaftskrise bewirkte einen sehr starken Anstieg der Staatsverschuldung in den westlichen Industrienationen. Die zwei Konjunkturpakete der Bundesregierung und die mit der Krise verbundenen Steuerausfälle und höheren Ausgaben im Bereich der Sozialversicherung ließen die deutsche Schuldenquote von einem

leichten Haushaltsüberschuss von 0,2 Prozent im Jahr 2007 auf ein Minus von 3,3 Prozent im vergangenen Jahr ansteigen. Dabei schien ein ausgeglichener Haushalt vor Beginn der Krise durchaus möglich: Noch Mitte 2007 prognostizierten das Bundesfinanzministerium, die Wirtschaftsinstitute und die EU eine Neuverschuldung von 0 Prozent bis zum Jahr 2010. Nunmehr jedoch müssen sich Bund, Länder und Kommunen erneut stärker verschulden als geplant und Deutschland wird wieder das Maastricht-Kriterium von 3 Prozent (Defizit im Verhältnis zum BIP) verletzen. Die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben wird 2010 voraussichtlich 80 Milliarden Euro entsprechen; für die Jahre 2011 bis 2014 ist eine Nettokreditaufnahme von 140 Milliarden Euro geplant. Auch ein sich abzeichnendes stärkeres Wirtschaftswachstum 2010 wird diesen Trend nicht wesentlich abschwächen können.

Die Bundesrepublik steht aufgrund ihrer soliden haushälterischen Ausgangslage bei Beginn der Krise noch verhältnismäßig gut da. Staaten wie Großbritannien und die USA häuften in der Krise deutlich mehr Schulden an. Insgesamt stieg die staatliche Verschuldung der G-20-Industrieländer in den Krisenjahren 2007–2009 von 78,8 Prozent auf 100,6 Prozent des BIP; die der G-20-Schwellenländer blieb mit 37,7 zu Beginn bzw. 38,8 Prozent zum Ende der Krise geradezu stabil. Noch deutlicher werden die Unterschiede in der Projektion bis 2020. In den „Entwickelten Märkten“ dürfte die durchschnittliche Verschuldung auf 133 Prozent des BIP steigen; in den „Aufstrebenden Märkten“ hingegen wird sie auf voraussichtlich 35 Prozent des BIP fallen. Während also in Ländern wie Deutschland die Zunahme der Schulden das Wirtschaftswachstum übersteigt, können die Länder des Dynamischen Dutzends auch langfristig mit hohen Wachstumsraten bei niedrigen Schuldenständen rechnen.

Eine steigende Staatsverschuldung stellt zwangsläufig die Frage nach dem Vertrauen der

Marktteilnehmer in die Fähigkeit eines Staates zur Rückzahlung der Kredite. China, Südafrika und Südkorea verfügen mittlerweile über Kredit-Ratings auf dem Niveau von Italien (A+) und über dem von Portugal (A-). Portugal hat zuletzt im Sommer 2010 eine Abwertung erfahren, ebenso wie Griechenland, Irland und Spanien; Länder wie Brasilien, Indonesien und die Türkei hingegen

Die Finanz- und Wirtschaftskrise bewirkte einen starken Anstieg der Staatsverschuldung in den westlichen Industrienationen. Auch wenn die Bundesrepublik aufgrund ihrer soliden haushälterischen Ausgangslage zu Beginn der Krise noch verhältnismäßig gut dasteht, geht es auch für sie um den zukünftigen Handlungsspielraum von Innen- und Außenpolitik.

stuften Ratingagenturen dagegen hoch. Dabei steht Deutschlands Kreditwürdigkeit (AAA) gar nicht infrage; vielmehr geht es um den zukünftigen Handlungsspielraum deutscher Innen- und Außenpolitik. Eine abnehmende haushaltspolitische Flexibilität beeinträchtigt so auch unmittelbar die Interventionsfähigkeit der Bundesrepublik im Ausland – ob diplomatisch, wirtschaftlich flankierend oder auch militärisch.

3.3 Die Konkurrenz um Wachstumsfaktoren nimmt zu ...

Ganz gleich, ob in der Finanzwirtschaft oder in der Umwelttechnologie – die Konkurrenz um Wachstumsfaktoren hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Die Frage der Bankenregulierung sollte ein Signal für die Bewältigung der aktuellen und das Verhindern zukünftiger Krisen sein. Doch zeigte der G-20-Gipfel in Kanada die Spaltung sogar der Industrieländer in Befürworter und Gegner solcher Maßnahmen, wobei jede Seite auch ihren eigenen Standortvorteil im Auge hatte. Und steckt die Welthandelsrunde von Doha schon seit Längerem fest, so ist mit dem

„grünen“ Protektionismus (durch Umweltauflagen) ein weiterer Faktor hinzugekommen, der die Verhandlungen verzögern dürfte. Die Krise wiederum führte zwar nicht zu dem zwischenzeitlich befürchteten protektionistischen Rückschlag, doch verschärfte sie die bestehende wirtschaftliche Konkurrenz.

Am deutlichsten wird dieser neue Wettbewerb bei den Rohstoffen, deren Verfügbarkeit sich in den vergangenen Jahren deutlich verknappt hat. Auch wenn im Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise manche Rohstoffpreise wieder eingebrochen sind, zeigt der langfristige Preistrend nach oben. Die Ursachen liegen primär in einer gestiegenen Nachfrage sowie einer Konzentration auf der Angebotsseite. Auch blieben während der Krise notwendige Investitionen aus, weshalb die (Produktions-)Kapazitäten und das daraus resultierende Angebot sogar noch stärker hinter der Nachfrage zurückbleiben, als dies vor der Krise der Fall gewesen ist. Alle Faktoren zusammen bewirkten einen deutlichen Preisanstieg, der durch Spekulationseffekte auf den Finanzmärkten zusätzlich beschleunigt wurde. So geht beispielsweise die Zunahme des Weltverbrauchs von Industriemetallen im Zeitraum von 2002 bis 2005 zu mehr als der Hälfte auf die Nachfrage Chinas zurück. Insbesondere Mineralien und Metalle werden sich weiter verteuern. Schließlich bedeutet die schnelle Rückkehr Chinas und anderer asiatischer Staaten zu robustem Wirtschaftswachstum, dass diese ihre Nachfrage nach Rohstoffen weiter steigern werden. Während die Wirtschaft im Westen stagniert, investieren diese Länder in die langfristige Sicherung der Rohstoffversorgung, indem sie – Stichwort: Konkurrenz in der EZ – Lieferanten(-Staaten) an sich binden.

Es sind wiederum einzelne Schwellen- beziehungsweise Entwicklungsländer, die über wichtige für die Produktion in den Industrieländern benötigte Rohstoffvorräte verfügen. Einige besonders knappe Rohstoffe (Beispiel: Seltene Erden) sind

für den Umbau der westlichen Volkswirtschaften hin zu „Green Economies“ erforderlich, etwa beim Bau von Elektroautos und deren Batterien. Nicht zuletzt benötigen fast alle mobilen Datenverarbeitungsgeräte und ihre Displays in der Produktion Bestandteile von seltenen Rohstoffen. Die Liste solcher kritischen Mineralien und Metalle ist lang:

Aufgrund einer gestiegenen Nachfrage aus Ländern des Dynamischen Dutzends hat sich die Verfügbarkeit von Rohstoffen in den vergangenen Jahren deutlich verknappt. Daneben schränken einzelne Schwellen- beziehungsweise Entwicklungsländer den Zugang zu wichtigen, für die Produktion in Industrieländern benötigten Rohstoffvorräte aus politischen Gründen ein.

von Chrom und Kobalt über Indium und Platin zu Rhodium und Vanadium. China produziert über 95 Prozent der verfügbaren Seltenen Erden, während in Brasilien über 90 Prozent des für Superlegierungen in modernen Flugtriebwerken unentbehrlichen Niobiums lagern. Viele der bekannten Rohstoffreserven der Welt liegen in den Ländern Afrikas, oft gerade in den politisch instabileren (etwa Kupfer und Kobalt im Kongo, Platin in Simbabwe). Mittlerweile bestreiten China und Brasilien auf dem afrikanischen Kontinent einen Rohstoffwettlauf, bei dem westliche Unternehmen abgehängt sind.

Zunehmend lässt sich beobachten, dass einzelne Länder den Export bestimmter Rohstoffe durch Verbote, Abgaben oder Quoten einschränken. Auch durch Subventionen, Preisfestsetzung beziehungsweise -differenzierung sowie einschränkende Vorschriften für Investitionen kommt es zu Marktverzerrungen. Die EU hat mehr als 450 Exportbeschränkungen für über 400 verschiedene Rohstoffe ermittelt. Länder des Dynamischen Dutzends wie China, Russland, Argentinien, Südafrika und Indien sind bei diesen Maßnahmen führend.

3.4 ... jedoch kann das System globaler Ordnung nicht Schritt halten

Sowohl in seiner Grundstruktur als auch in seinen Durchsetzungsmechanismen ist das System von Global Governance noch nicht an die neue Realität angepasst. Der wirtschaftliche und politische Aufstieg des Dynamischen Dutzends findet bisher keine ausreichende Berücksichtigung in den globalen institutionellen Strukturen. Das gilt in erster Linie für internationale Einrichtungen wie den (weiterhin unrefomierten) Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oder den (erst graduell angepassten) Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank.

Das vom Westen nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene System wird neben diesem Mangel an Repräsentativität auch dadurch weiter geschwächt, dass seine Gründer zunehmend weniger zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Lage sind. Denn Interventionsfähigkeit und -bereitschaft der traditionellen (westlichen) Mächte nehmen ab, ohne dass neue Akteure die entstehende Lücke füllen. Angesichts der sicherheitspolitischen Realitäten des 21. Jahrhunderts wird jene in erster Linie als Fähigkeit zum Krisenmanagement verstanden. Auch wenn militärische Mittel neben zivilen Kräften wie Polizeieinheiten, Verwaltungsfachleuten und Entwicklungshelfern nur einen Teil des Interventionsinstrumentariums darstellen, spielen sie dennoch eine zentrale Rolle bei einem Großteil der bisherigen Missionen. Deshalb kann man sie auch als beispielhafte Messgröße für die Fähigkeit und Bereitschaft eines Staates zur internationalen Intervention heranziehen.

Nachdem die meisten Staaten noch im Krisenjahr 2009 ihre Verteidigungsetats erhöht hatten, stehen einigen Ländern nun beachtliche Einschnitte bevor. In Deutschland sieht das Sparpaket der Bundesregierung substanzielle Sparmaßnahmen auch in der Verteidigung bis hin zu einem Aussetzen der Wehrpflicht vor. In Frankreich und

Großbritannien herrscht ein vergleichbarer Sparzwang. In London wird angesichts verlangter Einsparungen von 25 Prozent über radikale Kürzungen oder sogar Streichungen ganzer Waffensysteme nachgedacht. Auch die NATO selbst muss sparen, da die meisten ihrer Mitglieder ihre Verteidigungshaushalte kürzen und die Organisation 2009 erstmals ein Defizit von über 400 Millionen Euro auswies.

Die Militärausgaben steigen hingegen bei Ländern, die diese Ressource nicht mehr (wie die

Das vom Westen nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene System von Global Governance ist noch nicht an die neue Realität angepasst. Gleichzeitig nehmen die Interventionsfähigkeit und -bereitschaft der traditionellen (westlichen) Mächte ab, ohne dass neue Akteure die entstehende Lücke füllen.

USA) oder noch nicht (wie China, Indien und Brasilien) in den Dienst der globalen Ordnung stellen. In den USA sind die Aufwendungen für das Militär (ohne Berücksichtigung der Kosten der Kriege in Afghanistan und Irak) seit 2000 um 75 Prozent und auch durch die Krise hindurch gestiegen. Die Budgetentwürfe für 2010 und 2011 sehen weitere Zuwächse vor; von einer grundsätzlichen Haushaltssperre ist der Posten Verteidigung ausgenommen. Ähnlich sieht es bei den großen Ländern des Dynamischen Dutzends aus: China verdreifachte sein Militärbudget im vergangenen Jahrzehnt und steigerte es auch im Jahr der Krise um fast 15 Prozent. Für das aktuelle Jahr ist immerhin ein Zuwachs von 7,5 Prozent vorgesehen. Auch Indien und Brasilien steigerten ihre Ausgaben für Verteidigung stetig. Sogar Russland, dessen Staatseinnahmen unter der Finanz- und Wirtschaftskrise besonders stark litten, erhöhte seinen Verteidigungsetat weiter.

Der wirtschaftliche Erfolg insbesondere Chinas stellt zudem das vom Westen als überlegen

propagierte liberale Staats- und Wirtschaftsmodell verstärkt infrage. Alternative, weniger demokratische Systeme versprechen, eine mindestens ebenso erfolgreiche Wirtschaftspolitik betreiben zu können. Der „unbequeme Weg“ der politischen und gesellschaftlichen Öffnung und Modernisierung wird so für den Westen schwieriger zu vermitteln und seine Konditionalitäten werden zunehmend kritisch hinterfragt beziehungsweise durch Angebote des Dynamischen Dutzends substituiert.

4. Politikempfehlungen

Die Etablierung des Dynamischen Dutzends auf der internationalen Bühne macht eine Neuorientierung deutscher Politik notwendig. Dies impliziert nicht, dass die Gruppe höchst unterschiedlicher Staaten – fünf aus Asien, drei aus Lateinamerika, jeweils zwei aus Afrika und Europa – in ihrem Wesen ähnlich oder auch nur vergleichbar sind und entsprechend auf gleiche Weise durch Deutschland adressiert werden sollten. Was sie jedoch verbindet, sind die beiden Faktoren „stetige wirtschaftliche Dynamik“ und „zunehmendes politisches Gewicht für die Lösung globaler Probleme“.

Die Wahrnehmung der Länder als Gruppe ist dazu gedacht, Veränderungen im internationalen Umfeld zu verdeutlichen und ein grundlegendes Umdenken Deutschlands in seinem Verhältnis zur Welt zu bewirken. Wenn im Folgenden also von einer Strategie gegenüber dem Dynamischen Dutzend die Rede ist, so ist damit das Setzen eines handlungsleitenden Rahmens gemeint, der die veränderte Machtbalance berücksichtigt. Darüber hinaus bedarf es natürlich konkreter Strategien für den Umgang mit jedem einzelnen Land dieser Gruppe.

Den Zusammenhang zwischen den identifizierten Trends machtpolitischer Verschiebung und den hierauf zugeschnittenen Empfehlungen für das Handeln der Bundesregierung verdeutlicht die nebenstehende Darstellung.

Trends der globalen Machtverschiebung nach der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie empfohlene Maßnahmen

	Beschleunigter Aufstieg des Dynamischen Dutzends	Steigende Staatsverschuldung im Westen	Verstärkte Konkurrenz um Rohstoffe	Schwächung des Systems der Global Governance
Wirtschaftskräfte stärken	Ausgaben für Forschung und Entwicklung erhöhen Zukunftsbranchen nachhaltig fördern Neue Wirtschaftspartnerschaften aufbauen	Über nachhaltiges Wachstum Steuereinnahmen generieren	Rohstoffpartnerschaften aufbauen Europäische Rohstoffdiplomatie etablieren	Freien Welthandel fördern
Staatliche Handlungsfähigkeit sichern	Ziele definieren, strategische Kultur entwickeln Signalwirkung und Vorbildfunktion für Drittländer nutzen	Bundshaushalt sanieren Europäische Synergieeffekte nutzen	Ziele definieren, strategische Kultur entwickeln	Ziele definieren, strategische Kultur entwickeln
Globale Mitverantwortung fördern	Interessegeleitete Partnerschaften etablieren Westliche Werte verbreiten Dreieckskooperationen eingehen	Verantwortungsübernahme des Dynamischen Dutzends zur Freisetzung eigener Ressourcen nutzen	Dreieckskooperationen eingehen Sicherheitspolitik einbeziehen	Westliche Werte verbreiten Sicherheitspolitik einbeziehen UN & G 20 reformieren Europäische Stimmanteile beim IWF zusammenlegen

4.1 Wirtschaftskräfte stärken

Die globale Stellung der Bundesrepublik und ihre politischen Einflussmöglichkeiten basieren primär auf ihrer wirtschaftlichen Stärke und ihren internationalen Handelsverflechtungen. Um politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Sachverhalte auch in einem sich verändernden internationalen Machtgefüge gestalten zu können, muss Deutschland in seine Wirtschaftskräfte investieren. Vor dem Hintergrund der geopolitischen Machtverschiebung im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise sind folgende Bausteine prioritär:

1. Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E),
2. Entwicklung einer nachhaltigen Industriepolitik,
3. Aufbau neuer Wirtschaftspartnerschaften mit dem Dynamischen Dutzend,
4. Sichern der Rohstoffversorgung.

4.1.1 In Forschung und Entwicklung investieren

Fundament künftigen Wirtschaftswachstums ist eine kreative und vernetzte Wissensgesellschaft. Neben einer seit langer Zeit überfälligen konsistenten und zukunftsweisenden Schul- und Hochschulpolitik zählt dazu eine nachhaltige Forschungs- und Entwicklungspolitik, die von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik gemeinsam umzusetzen ist.

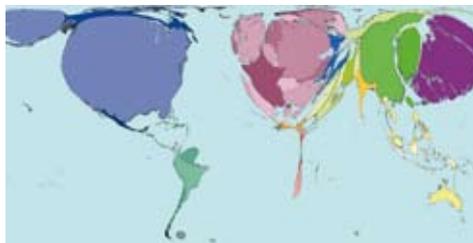
Zwar betrug der BIP-Anteil der staatlichen Ausgaben für F&E im Jahr 2007 2,54 Prozent und lag somit über dem EU-Durchschnitt von 1,85 Prozent. Gleichwohl investieren Länder wie Schweden (BIP-Anteil 3,6 Prozent) sowie Japan (2006: 3,4 Prozent) deutlich mehr in die Wissensgesellschaft. Finnland strebt für das laufende Jahr sogar einen Anteil von 4 Prozent am BIP an. In China hat eine Verdopplung der privaten F&E-Ausgaben seit 2000 dazu geführt, dass deren Anteil mit rund 1 Prozent nun auf dem Niveau der

EU-27 liegt. Auch liegt Deutschland bei der Betrachtung aller (privaten wie öffentlichen) Ausgaben für Bildung (4,7 Prozent des BIP) deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 5,7 Prozent – fernab hinter den USA (7,6 Prozent), Frankreich und Großbritannien (6 bzw. 5,8 Prozent) und gleichauf mit Irland.

Daher sollte die Bundesrepublik die jüngst von der „Europa 2020“-Strategie bekräftigte Zielmarke von 3 Prozent F&E-Anteil am BIP schnellstmöglich erreichen. Hierbei geht es nicht allein um eine Erhöhung der staatlichen Ausgaben, zumal angesichts des zu erwartenden Sparpakets ab 2011 schon ein Beibehalten der gegenwärtigen F&E-Ausgaben als Erfolg gelten kann. Um also auch die privaten Aufwendungen in diesem Sektor zu steigern, sollte die steuerliche Absetzbarkeit von F&E-Aufwendungen Wirklichkeit werden. Dies schafft insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen in Deutschland zusätzliche Anreize in Form steuerlicher Gutschriften.

Verschiedene Studien belegen, dass die Vorteile einer steuerlichen Förderung von Forschungsaufwendungen etwaige Mitnahmeeffekte langfristig überwiegen. Länder wie Frankreich, die Niederlande, Großbritannien, die USA und auch Südkorea bauen nach den positiven Erfahrungen der vergangenen Jahre den Weg der steuerlichen Förderung weiter aus. Über vage Formulierungen im Koalitionsvertrag („Wir streben eine steuerli-

Anteil eines Landes an den weltweiten F&E-Ausgaben (2002 in Prozent) im Verhältnis zu seinem Territorium



© Copyright SASI Group (University of Sheffield) and Mark Newman (University of Michigan)

che Förderung von Forschung und Entwicklung an“) hinaus sollte die Bundesregierung diese Maßnahme umgehend auch in Deutschland umsetzen, um Innovations- und Wachstumspotenziale zu aktivieren.

4.1.2 Eine nachhaltige Industriepolitik für Zukunftsbranchen entwickeln

Gleichermaßen gilt es, eine nachhaltige Industriepolitik zu entwickeln, welche vorhandene Stärken der deutschen Volkswirtschaft nutzt und weiter ausbaut. Ein besonderer Fokus sollte auf die einmaligen industriellen Cluster in Deutschland gelegt werden, die sich gerade in Zeiten der Krise als sehr widerstandsfähig erwiesen haben.

Statt nach Gießkannenprinzip zu fördern, sollte die Politik Zukunftsbranchen aufgrund ihrer bisherigen Stärke auf den Weltmärkten sowie ihres künftigen Wachstumspotenzials identifizieren und diese dann gezielt stärken. Hierbei handelt es sich insbesondere um Chemie- und Pharmaindustrie, Automobil- und Maschinenbau, Medizintechnik, Nanotechnologie, Gesundheitswirtschaft, Umwelttechnologie und erneuerbare Energien sowie Produkte und Dienstleistungen im Bereich der Energieeffizienz. Alle diese Branchen zeichnen sich besonders durch eine hohe Innovationskraft sowie durch positive Beschäftigungsaussichten aus. Zwar stellt der Sachverständigenrat durchaus zutreffend fest, dass die Bestimmung strategischer Zukunftsbranchen nicht dem Staat obliegt. Dennoch kann dieser das Wachstumspotenzial einzelner Wirtschaftsbranchen ermitteln und entsprechende Entscheidungen über mit der Förderung einhergehende Maßnahmen treffen.

Dabei ist staatliche Unterstützung konsequenterweise nicht allein als finanzielle Zuwendung zu verstehen, sondern vielmehr als ein Maßnahmenbündel für Innovationen in Deutschland. Dieses sollte insbesondere die vernünftige Setzung von Rechtsrahmen oder den Dialog zwischen

Wissenschaft, Wirtschaft und Politik über gemeinsame Standards und Normen, etwa im Bereich der Nanotechnologie oder der Elektromobilität, enthalten. Ein weiterer Baustein könnte zudem auch die Ausrichtung der staatlichen Beschaffung auf neue Produkte und Dienstleistungen sein. So lässt sich eine kritische Nachfragemasse erreichen, die dann zu Planungssicherheit für Unternehmen und

Statt nach Gießkannenprinzip zu fördern, sollte die Politik Zukunftsbranchen aufgrund ihrer bisherigen Stärke auf den Weltmärkten identifizieren und diese dann gezielt stärken. Dabei ist staatliche Unterstützung nicht allein als finanzielle Zuwendung zu verstehen, sondern als ein Maßnahmenbündel für Innovationen in Deutschland.

Forschungseinrichtungen führt. In Frankreich zum Beispiel sollen staatliche Einrichtungen bis 2015 Aufträge für rund 100 000 Elektrofahrzeuge vergeben. Darüber hinaus ist die Aktivierung von weiteren Wachstumspotenzialen durch eine konsequente Priorisierung und Umschichtung von Mitteln im Bundeshaushalt möglich. Hierzu sollten alle direkten und indirekten Subventionen auf ihre Zukunftsfähigkeit und auf ihre volkswirtschaftliche Rendite überprüft werden.

4.1.3 Neue Partnerschaften mit dem Dynamischen Dutzend aufbauen

Die Stärke der deutschen Volkswirtschaft beruht signifikant auf ihren vielfältigen und intensiven internationalen Handelsbeziehungen. Neben der chinesischen und der japanischen verfügt kaum eine andere Volkswirtschaft in der Welt über eine derart stark ausgeprägte Exportorientierung wie die deutsche. Der langjährige Titel des Exportweltmeisters (nunmehr „Vizeweltmeisters“) bringt dieses symbolisch zum Ausdruck. Damit ist die deutsche Wirtschaft aber von den Entwicklungen in anderen Ländern und auf anderen Märkten stark abhängig. Dies gilt im Guten wie im

Schlechten, wie der enorme Einbruch der Exporte in der Krise und das vergleichsweise schnelle Anziehen der Wirtschaft in der Erholungsphase zeigten. In jedem Fall macht diese Exportorientierung deutlich, dass ein gutes und verzahntes Zusammenspiel von Wirtschafts- und Außenpolitik in Deutschlands Interesse ist.

Um den erreichten Marktzugang zu erhalten und zu fördern, sollte die deutsche Politik den wirtschaftlichen Handel und die politische Zusammenarbeit mit den Ländern des Dynamischen Dutzends aufeinander abstimmen und partnerschaftlich ausgestalten. Hier liegen – über den europäischen Kontext hinaus – die Märkte der Zukunft für Produkte und Dienstleistungen „Made in Germany“. Eine gezielte Offensive von Handelsaktivitäten in Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und Wirtschaftsvertretern wie dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) ermöglicht das Erschließen neuer Märkte und die Teilnahme an der Entwicklung von bedeutenden Wachstumsregionen im Dynamischen Dutzend.

Gerade hinsichtlich der Ausweitung von Handelsbeziehungen sind gemeinsame Aktivitäten von (Außen-)Politik und (Außen-)Wirtschaft notwendig. Der Aufbau eines tragfähigen Netzes politischer Partnerschaften bildet ein Fundament dafür, dass deutsche Unternehmen an den positiven Zukunftsaussichten dieser Länder partizipieren. Durch eine umfassende Vor-Ort-Präsenz kann die Politik deutsche Unternehmen unterstützen, neue (Handels-)Partner zu gewinnen und zu binden.

Über die in der neuen Außenwirtschaftsoffensive des Bundeswirtschaftsministeriums genannten Maßnahmen hinaus ist also der gezielte Auf- und Ausbau von deutschen Vertretungen im Ausland wichtig. Ein Beispiel für derartige Aktivitäten liefert etwa Kanada. Die Regierung in Ottawa baute in den vergangenen Jahren über ein Dutzend neuer Konsulate und Vertretungen in den

USA auf, um die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen beiden Ländern und die Exportmöglichkeiten Kanadas in die USA zu unterstützen. Auch die Türkei plant derzeit mit Blick auf den afrikanischen Kontinent die Eröffnung von 15 neuen Vertretungen. Diese werden nicht nur zum Ausbau der politischen Beziehungen, sondern auch wesentlich zur Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen genutzt.

4.1.4 Die Rohstoffversorgung sicherstellen

Nicht nur ist die deutsche Wirtschaft exportorientiert, sondern auch in wichtigen Teilbereichen importabhängig, so etwa bei Rohstoffen. Eine ganze Reihe von produktionswichtigen metallischen Rohstoffen müssen aus dem Ausland eingeführt werden. Angesichts der verschärften globalen Konkurrenz nach der Finanz- und Wirtschaftskrise erwächst in der Sicherstellung der Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft ein weiteres politisches Betätigungsfeld.

Der Aufbau eines tragfähigen Netzes wirtschaftspolitischer Partnerschaften mit den Ländern des Dynamischen Dutzends bildet ein Fundament dafür, dass deutsche Unternehmen an den positiven Zukunftsaussichten dieser Länder partizipieren.

Unternehmen und Regierungen gemeinsam stehen grundsätzlich zwei Möglichkeiten zur Verfügung, um auf die zunehmende Rohstoffverknappung bei gleichzeitiger Machtverschiebung zu reagieren. Auf der Angebotsseite können sie versuchen, den Zugang zu und die Versorgung mit Rohstoffen zu sichern. Auf der Nachfrageseite lässt sich die Ressourcennutzung weiter vom Wirtschaftswachstum abkoppeln, um so den Bedarf an Rohstoffen bei gleichbleibendem Wohlstand zu senken.

Angebotsseitig sollte die Bundesregierung die Rohstoffdiplomatie mit Schwellen- und Entwicklungsländern auf deutscher beziehungsweise

europäischer Ebene verstärken. Hierzu sollte sie bilaterale Rohstoffpartnerschaften mit ressourcenreichen Drittländern eingehen und dies zu einem Schwerpunkt der Entwicklungspolitik gegenüber dem jeweiligen Land machen. Im Vordergrund stehen die Exploration neuer Rohstoffquellen und eine ökologischere Rohstoffgewinnung. Ferner sollte die Wertschöpfung in den Partnerländern erhöht werden, um deren Inlandsprodukt zu steigern. In diesem Zusammenhang sollte die Bundesregierung staatliche Kreditgarantien für extrahierende Unternehmen aus Deutschland effizienter gestalten, etwa durch ungebundene Finanzkredite mit Bundesdeckung für Rohstoffvorhaben (sogenannte „Rohstoff-UFKs“).

Die Unterstützung beim Auf- und Ausbau von weiterverarbeitenden Industrien in Partnerländern ist eine vertrauensbildende Maßnahme zur Verfestigung der bilateralen Zusammenarbeit. Eine enge Einbindung der Zivilgesellschaft sollte die oben genannten Maßnahmen begleiten, um den Nutzen für die Gesellschaft nachhaltig zu verankern. Ein gutes Beispiel stellt die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) dar. Sie will über Transparenz der Zahlungsströme von Firmen an Regierungen ein optimales Management der Rohstoffvorkommen erreichen, sodass im Interesse der Öffentlichkeit Armut reduziert und Wirtschaftswachstum gefördert wird.

Zusätzlich zu bilateralen Maßnahmen sollte die Bundesregierung die europäische Rohstoffaußenpolitik vorantreiben. Die Ende 2008 von der Kommission vorgeschlagene Rohstoffinitiative formuliert drei Ziele:

- den gleichberechtigten Zugang zu Rohstoffvorkommen in Drittländern zu sichern,
- die Rahmenbedingungen für die Rohstoffgewinnung in der EU zu verbessern,
- den Verbrauch von Primärrohstoffen durch eine Steigerung der Ressourceneffizienz und mehr Recycling zu senken.

Die Initiative enthält jedoch keine Schritte zur Erreichung dieser Ziele. Wichtige Vorarbeiten leistet hierzu der vom Bundeswirtschaftsministerium initiierte Rohstoffdialog. Zu begrüßen ist das erklärte Ziel, Maßnahmen auf EU-Ebene und nationale rohstoffpolitische Maßnahmen möglichst effizient zu verzahnen.

Ein „Europäischer Rohstoffgipfel“ sollte daher Ende 2010 eine umfassende Strategie zur Sicherstellung der Rohstoffversorgung im oben beschriebenen Sinne beschließen. Wichtig ist aufgrund der Bedeutung von Rohstoffen als Quer-

Angesichts der verschärften globalen Konkurrenz nach der Finanz- und Wirtschaftskrise erwächst in der Sicherstellung der Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft ein weiteres politisches Betätigungsfeld. Um das Angebot zu erhöhen, sollte die Bundesregierung die Rohstoffdiplomatie mit Schwellen- und Entwicklungsländern verstärken.

schnittsthema die Einbeziehung der zuständigen Minister beziehungsweise Kommissare für Handel, Industrie, Landwirtschaft, Äußeres, Entwicklung, Umwelt und Finanzen. Grundlage der Strategie ist die Bestandsaufnahme kritischer Rohstoffe durch die EU-Kommission vom Juni 2010.

Über bilaterale und EU-Initiativen hinaus sollte die Bundesregierung auch auf multilateraler Ebene das Thema „Freier Zugang zu Rohstoffen“ in WTO- sowie G-20-Verhandlungen energisch einbringen. Hierbei reicht es nicht aus, Rohstoffexportbeschränkungen beim Beitritt rohstoffreicher Länder zur WTO zum Verhandlungsgegenstand zu machen. Vielmehr müssen auch existierende WTO-Mitglieder wie China, Indien und Argentinien diese Ausfuhrhemmnisse abbauen.

Die zweite Möglichkeit, die Rohstoffverknappung zu adressieren, liegt in der Optimierung der Rohstoffnachfrage. Eine Verringerung des (absoluten sowie relativen) Ressourcenverbrauchs muss Ziel deutscher Politik sein. Dies reduziert nicht nur

die Abhängigkeit von Rohstoffimporten, sondern dient auch dem Umweltschutz. Seit den 1980er Jahren wächst der Rohstoffverbrauch in etwa proportional zur Bevölkerung. Da das Bruttosozialprodukt deutlich stärker ansteigt als Letztere, hat sich also der Rohstoffverbrauch in Relation zum Bruttosozialprodukt verringert. Dies war möglich, weil unter anderem die Materialintensität gesenkt werden konnte.

Diese Entkopplung des Wirtschaftswachstums von der Rohstoffnutzung ist eine erfreuliche Entwicklung und verdient eine Verstärkung. Insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern liegt die Materialintensität zum Teil noch um ein Vielfaches über derjenigen in hoch entwickelten Ländern. Hier technologische und wissenschaftliche Unterstützung zu leisten ist wichtiger Teil der vorgeschlagenen Rohstoffpartnerschaften.

Neben Maßnahmen zur Reduzierung des Rohstoffverbrauchs ist auch die Substitution von Rohstoffen ein wichtiger Faktor. So sollte Grundlagenforschung gefördert werden, um seltene und schwer zugängliche Rohstoffe im Produktionsprozess durch besser verfügbare Rohstoffe zu ersetzen. Daneben führt die Mehrfachverwendung von einmal importierten Rohstoffen durch Recycling zu einer Verringerung der Abhängigkeit von Rohstoffimporten. Recycling-Stahl macht beispielsweise bereits 45 Prozent der gesamten Stahlproduktion in Deutschland aus. Neben der Rohstoffeinsparung im Vergleich zu neuem Stahl kommt es zu einem um 75 Prozent geringeren Energieverbrauch. Bei Aluminium, dem nach Stahl weltweit am häufigsten verwendeten Metall, liegt die Einsparungsquote sogar bei über 90 Prozent.

Über beide Steuerungsmöglichkeiten von Rohstoffangebot und -nachfrage hinaus sollte die Bundesregierung sich in Rohstofffragen besser und auch höherrangig koordinieren. Hierbei empfiehlt sich, den bestehenden Interministeriellen Ausschuss zur Rohstoffsicherung durch eine regelmäßig tagende Staatssekretärsrunde aufzu-

werten. Die daran zu beteiligenden Ministerien sind die für Wirtschaft, Auswärtiges, Finanzen, Entwicklungszusammenarbeit, Verbraucherschutz und Landwirtschaft, Forschung sowie Umwelt. Ein vergleichbares Verbesserungspotenzial im Regierungshandeln ist auf weitere Bereiche übertragbar, wie der folgende Abschnitt zeigt.

4.2 Staatliche Handlungsfähigkeit sichern

Von der notwendigen Neubestimmung der deutschen Rolle in einer veränderten Weltordnung ist neben der Außen- und Wirtschaftspolitik auch das grundsätzliche staatliche Handeln betroffen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Bedeutung

Darüber hinaus muss die Verringerung des (absoluten sowie relativen) Ressourcenverbrauchs Ziel deutscher Politik sein. Dies reduziert nicht nur die Abhängigkeit von Rohstoffimporten, sondern dient auch dem Umweltschutz.

von schnellem und zielgerichtetem Handeln demonstriert. Grundlage einer hohen staatlichen Handlungsfähigkeit sind neben einer robusten Wirtschaftsleistung auch die Fähigkeit zur Vorausplanung (strategische Kultur) sowie die Verfügbarkeit finanzieller Ressourcen. Letztere bedingen einen ausgewogenen Staatshaushalt und Schulden disziplin.

Deutschland braucht diesbezüglich einen doppelten Mentalitätswandel: Um seine ideelle Handlungsfähigkeit zu erhalten, muss es eine strategische Kultur entwickeln, die seine Rolle in einer neuen Weltordnung angemessen berücksichtigt. Um seine finanzielle Handlungsfähigkeit zu bewahren, muss es die erkannte Bedeutung solider Staatsfinanzen in ihrer geopolitischen Dimension betrachten.

4.2.1 Strategische Kultur etablieren

Angesichts gesteigerter Unsicherheit und hoher Volatilität als ständigen Begleitern staatlichen

Handeln ist eine strategische Perspektive mehr denn je unabdingbar. Reaktionismus und Ad-hoc-Handeln sind nicht zielführend, sondern schwächen die Position Deutschlands nachhaltig. Strategische Entscheidungen über den Mitteleinsatz in der deutschen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik implizieren eine klare Definition von Interessen und Prioritäten, anhand derer Deutschland seine Instrumente und die Ausgaben ausrichten kann.

Deutschland muss sich – über die Standardformeln von Wohlstand und Wachstum, Freiheit und Sicherheit hinaus – Klarheit über seine Ziele in einer veränderten Welt verschaffen. Die neue Regierung in Großbritannien liefert für diese Bestandsaufnahme ein Beispiel, nicht nur in der strategischen Debatte, sondern auch in manchen institutionellen Veränderungen. So richtete die britische Regierung einen Nationalen Sicherheitsrat ein, der Anstoß für die auch hierzulande schon länger geforderte Aufwertung des Bundessicherheitsrats zu einem umfassenden Koordinierungsgremium sein sollte. Entsandte Experten aus verschiedenen Ressorts – vom Auswärtigen Amt über das Finanz- und Wirtschaftsministerium bis zu den Häusern für Innen-, Umwelt- und Entwicklungspolitik – sollten ein Koordinatensystem für die Position Deutschlands in einer neuen Weltordnung als Grundlage für strategische Regierungsentscheidungen entwickeln. Dazu gehört auch eine klare Arbeitsteilung zwischen nationalen Aufgaben und denjenigen (immer zahlreicher werdenden), die nur in europäischer Zusammenarbeit angegangen werden können.

Auf Basis eines solchen „Interessensatlas“ sollte die Bundesregierung Interessenskonvergenzen identifizieren, um Positionen einzelner Länder des Dynamischen Dutzends frühzeitig zu erkennen und, wo möglich, schon in der Phase der Politikformulierung zu beeinflussen. Dazu ist es notwendig, die eigenen Interessen in enger Abstimmung zwischen den Ressorts zu formulieren,

bevor die Entscheidungen in die internationalen Gremien eingebracht werden. Anschließend können Strategien für den Umgang mit den Schlüsselpartnern, inklusive des Dynamischen Dutzends, entworfen werden.

Die aktuelle Situation nach der Finanz- und Wirtschaftskrise stellt darüber hinaus die Gelegenheit und Notwendigkeit für einen Einstieg in

Deutschland muss sich – über die Standardformeln von Wohlstand und Wachstum, Freiheit und Sicherheit hinaus – Klarheit über seine Ziele in einer veränderten Welt verschaffen. Experten aus verschiedenen Ressorts sollten ein Koordinatensystem für die Position Deutschlands in einer neuen Weltordnung als Grundlage für strategische Regierungsentscheidungen entwickeln.

die öffentliche Debatte über Deutschlands Rolle in einer neuen Normalität dar. Eine bislang fehlende strategische Debattenkultur in der Politik wie in den Medien sollte Trends und Lösungen diskutieren und entsprechende Zielbilder entwickeln. Weder losgelöst von der Tagespolitik noch von dieser erdrückt, liefert ein solcher Diskurs den Rahmen für strategische Entscheidungen.

Die Regierung kann zwar keine gesellschaftliche Debatte verordnen, doch kann sie wenigstens die bundespolitische Entscheidungselite in strategische Fragen einführen. Hierzu könnte eine andere existierende, aber bislang wenig zugkräftige Institution eingebunden werden: die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS). Diese ressortübergreifende Weiterbildungsstätte für Führungskräfte aus Bundes- und Länderressorts ist eine Einrichtung des Bundessicherheitsrats und der daran beteiligten Ministerien. Sie sollte als Ergänzung zu dem sechsmonatigen Seminar für Sicherheitspolitik auch Kurse beispielsweise zur „Strategischen Neuausrichtung deutscher Außenpolitik nach der Finanz- und Wirtschaftskrise“ anbieten. Durch einen deutlich kürzeren Zeitraum

(zum Beispiel von ein bis zwei Wochen) ließe sich ein weiter Kreis von ministeriellen Entscheidungsträgern erreichen, um so wenigstens innerhalb der Bundesregierung den strategischen Diskurs zu befördern.

4.2.2 Finanzielle Handlungsfähigkeit sichern und ausbauen

In einer globalisierten Welt wird die finanzielle Stabilität eines Landes zunehmend auch zu einem Sicherheitsfaktor. Dass bei der Reaktion der Märkte nicht allein die realen Zahlen, sondern auch Stimmungen und Annahmen eine wichtige Rolle spielen, hat zuletzt die griechische Schuldenkrise gezeigt, die sich zur europäischen Währungs- und Krisen ausgeweitet hat. Auch haben Untersuchungen gezeigt, dass der Schuldenstand eines Staates sich ab einem gewissen Niveau (90 Prozent des BIP) direkt auf das Wirtschaftswachstum auswirkt und dieses um bis zu 2 Prozentpunkte verlangsamt. Die Stärkung und Neuorientierung der geopolitischen Position Deutschlands erfordert daher eine Sanierung des Staatshaushalts.

Zwar ist die Zurückführung der Staatsverschuldung bereits mit der Schuldenbremse im Grundgesetz verankert, doch darf sich die deutsche Politik bei dieser Aufgabe nicht ausschließlich von innenpolitischen Motiven leiten lassen. Unter Berücksichtigung der hier skizzierten Trends einer globalen Machtverschiebung ergeben sich weitere Kriterien, die für die gegenwärtige Spardiskussion leitend sein sollten.

So sind alle Sparbemühungen auf mögliche Synergien mit den sowie etwaige negative Effekte auf die Partnernationen innerhalb der Europäischen Union zu prüfen. Eine gegenseitige Schwächung europäischer Staaten durch unkoordiniertes Sparen ist zu vermeiden. Darüber hinaus ist es notwendig, außenpolitische Auswirkungen von Sparmaßnahmen auch bei augenscheinlich innenpolitischen Entscheidungen mit einzubeziehen. So beeinflussen Entscheidungen wie etwa die

Einführung eines Corporate-Governance-Kodex das Handeln von deutschen Unternehmen in anderen Ländern. Auch das national eingeführte Verbot ungedeckter Leerverkäufe hatte Auswirkungen weit über das Land hinaus.

Schließlich kann Deutschland durch innenpolitische Reformen eine Signalwirkung auf andere Staaten, insbesondere auf das Dynamische Dutzend, ausüben. Gerade diese Staaten sind durch ihre beschleunigte Industrialisierung zunehmend mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert wie Deutschland. Daher kann

Konkret ermöglichen drei Maßnahmen die Sicherung staatlicher Handlungsfähigkeit bei geringeren öffentlichen Mitteln: eine Reform der föderalen Struktur, etwa durch Neugliederung des Bundesgebiets, der Umbau der Bundeswehr sowie eine umfassende Steuerreform, die auf Kostenersparnis durch Vereinfachung setzt.

Deutschland eine Vorbildrolle in verschiedenen Bereichen einnehmen, zum Beispiel bei den sozialen Sicherungssystemen und in der Umweltpolitik.

Konkret ermöglichen drei Maßnahmen die Sicherung staatlicher Handlungsfähigkeit auch bei geringeren öffentlichen Mitteln: eine weitergehende Reform der föderalen Struktur, etwa durch die Neugliederung des Bundesgebiets, der Umbau der Bundeswehr mit Blick auf ihre zukünftigen Aufgaben im europäischen und internationalen Kontext sowie eine umfassende Steuerreform, die auf Kostenersparnis durch Vereinfachung setzt.

- Staatliche Handlungsfähigkeit setzt schnelle und transparente Entscheidungswege voraus. In Deutschland überschneiden sich nach wie vor zu viele Kompetenzen zwischen Bund und Ländern und machen komplizierte sowie zeitaufwendige Abstimmungsverfahren notwendig. Der beschrittene Weg der Entflechtung durch

eine umfassende Föderalismusreform verdient eine Fortsetzung. Hier ist eine hohe Signalwirkung auf die Länder des Dynamischen Dutzends zu erwarten, die fast alle über kulturell oder ethnisch vielfältige Bevölkerungen verfügen. Effiziente föderale Strukturen sind also in ihrem ureigenen Interesse. Wenn es gelingt, die positiven Aspekte eines lebendigen Föderalismus (wie z. B. den Länderwettbewerb) zu stärken und Kompetenzstreitigkeiten sowie langwierige Prozesse zu beseitigen, kann Deutschland für Länder wie China, Indien, Brasilien oder Indonesien eine Vorbildfunktion erlangen.

- Insbesondere Entscheidungen über die künftige Ausrichtung und Aufstellung der Bundeswehr in der Sicherheitsarchitektur implizieren eine geopolitische Wirkung. Entsprechend den beschriebenen Kriterien ist anzustreben, dass die Bundeswehr in einem noch engeren Verbund mit den Partnern der Europäischen Union und der NATO agiert. Das Ziel sollte eine gemeinsame Verteidigungspolitik inklusive europäischer Streitkräfte sein, in welche die Mitgliedsstaaten ihre jeweiligen Ressourcen einbringen. Die hierdurch zu realisierenden Synergien sind weithin bekannt, nur haben nationale Egoismen sie bislang verhindert. Jüngste Äußerungen aus den Verteidigungsbeziehungsweise Finanzministerien von Großbritannien, Frankreich und Deutschland zu einer verstärkten Zusammenarbeit im Angesicht der Krise sollten aufgegriffen und umgesetzt werden. Darüber hinaus hat dieses Zielbild auch auf andere Länder eine Signalwirkung hin zu stärkerer Kooperation. So könnte dann auch die Quadratur des Kreises gelingen und die Rolle Europas in der Weltpolitik bei gleichzeitig sinkenden Ausgaben nachhaltige Stärkung erfahren.
- Ein ausgeglichener Staatshaushalt bedingt auch Reformen auf der Einnahmeseite. Ein einfaches und gerechtes Steuersystem ist längst über-

fällig. Gelänge eine solche Reform, könnte das neue System zum Exportschlager werden, anstatt dass Deutschland wie derzeit als Weltmeister im Umfang an Steuergesetzgebung gilt. Die Krise zeigte deutlich auf, dass der Finanzsektor kaum einer steuerlichen Lenkungswirkung unterworfen ist. Hier sollte die Bundesregierung mögliche neue Geldquellen wie eine Bankenabgabe und eine Finanzmarkttransaktionssteuer mit Blick auf den zu erwartenden Ertrag und die Steuerungswirkung prüfen. Schließlich macht dieser Punkt die Wichtigkeit einer engen Abstimmung mit den europäischen Partnern deutlich. Langfristig ein harmonisiertes Steuersystem in der EU zu entwickeln ist ein elementarer Bestandteil des Standortwettbewerbs in Europa.

4.3 Globale Mitverantwortung fördern

Zur Sicherung der geopolitischen Position Deutschlands in der Welt reicht es jedoch nicht aus, primär nach innen gerichtete Strategien zu verfolgen. Gleichzeitig muss – wie bereits anhand einzelner Punkte angesprochen – die Bundesregierung den aktiven Dialog mit aufstrebenden Ländern des Dynamischen Dutzends suchen. Hierzu sollte sie mit ihnen Partnerschaften auf Augenhöhe eingehen. Ziel sollte es sein, diese Länder zur Übernahme einer adäquaten Mitverantwortung für die Lösung globaler Probleme zu ermutigen und gemeinsam die Institutionen der Global Governance an die neuen Realitäten anzupassen.

4.3.1 Entwicklungszusammenarbeit mit dem Dynamischen Dutzend zu Partnerschaften auf Augenhöhe umgestalten

Entwicklungshilfe unterstützt nicht nur die Partnerländer, sondern schafft darüber hinaus auch (legitimen) Einfluss auf die jeweiligen Regierungskreise. An den Auszahlungen der deutschen EZ an die Länder des Dynamischen Dutzends in Höhe von rund einer Milliarde US-Dollar im Jahr 2008

sollte Deutschland daher unbedingt festhalten. Allerdings ist die Zusammenarbeit mit vielen dieser Länder weiterhin auf Armutsreduzierung ausgelegt. Auch wenn diese Ausrichtung gut begründeter humanitärer Überzeugung entspricht, so verkennt sie doch, dass viele dieser Länder mittlerweile sowohl finanziell wie auch technisch in der Lage sind, sich die entsprechenden Leistungen selbst auf dem Markt zu beschaffen. Stattdessen werden sie bevormundet und nicht ernst genommen. Solange jedoch Deutschland als „Geber“ und das jeweilige Land als „Nehmer“ oder gar „Bittsteller“ auftritt, ist ein wirklicher Dialog auf Augenhöhe nicht möglich.

Eine Partnerschaft auf Augenhöhe stellt dabei nicht notwendigerweise das Ende der klassischen EZ dar. Vielmehr passt sie diese den neuen Gegebenheiten an und ergänzt sie um außenwirtschaftliche und sicherheitspolitische Elemente. Ein etwaiger Rückzug der (überwiegend aus Mitteln des Entwicklungsministeriums finanzierten) EZ aus einzelnen Ländern sollte durch eine Übergabestrategie flankiert werden, sodass andere Bundesministerien an die bisherigen Kooperationsbeziehungen anknüpfen und diese neu gestalten können. Dies kann je nach Schwerpunkt und Qualität der bilateralen Beziehungen das Auswärtige Amt, das Wirtschaftsministerium oder auch das Umweltministerium sein.

Für jedes Land des Dynamischen Dutzends sollte die Bundesregierung eine ressortübergreifende Länderstrategie erarbeiten. Mit Hilfe von Zielvereinbarungen sowohl für die Länder als auch für Deutschland kann sie so ein abgestimmtes Verhalten aller Akteure innerhalb der Bundesregierung sicherstellen. Dabei ist absehbar, dass die bislang nicht auf EZ ausgerichteten Häuser künftig deutlich mehr Mittel brauchen werden, um mit diesen Ländern zu kooperieren. Gerade da es sich bei den nun zu formulierenden Partnerschaften um eine „fortgeschrittene“ Zusammenarbeit handelt, sollte die Bundesregierung vermehrt auf

Kooperationen mit dem interessierten Privatsektor zurückgreifen, zum Beispiel durch öffentlich-private Partnerschaften. Dies fördert nicht nur die Handels- und Investitionsbeziehungen deutscher Unternehmen, sondern hilft auch, die Selbstverpflichtung eines EZ-Anteils von 0,7 Prozent des BIP zu erreichen. Schließlich können auch und gerade in der EZ europäische Synergieeffekte nutzbar gemacht werden.

Für jedes Land des Dynamischen Dutzends sollte die Bundesregierung eine ressortübergreifende Länderstrategie erarbeiten. Diese sollte deutsche Wirtschaftsinteressen in den Vordergrund stellen, die Verbreitung westlicher Werte fördern und sicherheitspolitische Aspekte einbeziehen.

Die neuartigen Partnerschaften mit den Ländern des Dynamischen Dutzends sollten auf verschiedenen Faktoren aufbauen. Sie sollten (i.) deutsche Wirtschaftsinteressen in den Vordergrund stellen und (ii.) die Verbreitung westlicher Werte fördern. Darüber hinaus sollten sie (iii.) sicherheitspolitische Aspekte einbeziehen und (iv.) die EZ der neuen Geberstaaten kritisch begleiten.

i. Deutsche Wirtschaftsinteressen in den Vordergrund stellen

Die Auflösung der bevormundenden Geber-Nehmer-Beziehung mit dem Dynamischen Dutzend erlaubt den Blick auf die gegenseitigen Interessen und deren Überschneidungen. Natürlich kann und sollte Deutschland weiterhin EZ-Projekte in diesen Ländern durchführen. Nur sollten künftige deutsche Interessen – und das sind in der Regel deutsche Wirtschaftsinteressen – stärker betont werden. Schließlich gehören die Länder des Dynamischen Dutzends (wenn man von den EU-Partnern, Norwegen, der Schweiz, den USA, Kanada und Japan absieht) allesamt zu den Top-30-Handelspartnern Deutschlands. Ziel ist eine Win-win-Situation, in der beide Partner ihre

wohlverstanden eigenen Ziele verwirklichen können.

Die EZ mit den Ländern des Dynamischen Dutzends sollte also künftig noch stärker dazu beitragen, Ziele der deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik zu erreichen. Insbesondere zu nennen ist hier die Herstellung von guten Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen. Auch Maßnahmen, von denen die deutsche Wirtschaft indirekt profitiert, zählen dazu, wie etwa Förderung der Rechtsstaatlichkeit, Vereinfachung von ausländischen Direktinvestitionen (Investitionsförderung), Erleichterungen im Handelssystem (zum Beispiel Unterstützung der Zollverwaltung), Bürokratieabbau in der Verwaltung, Förderung der Produktsicherheit oder regionalen Wirtschaftsintegration zur Schaffung von einheitlichen Wirtschaftsräumen wie dem europäischen Binnenmarkt. Alle diese Maßnahmen liegen tatsächlich auch im langfristigen Eigeninteresse der Partnerländer.

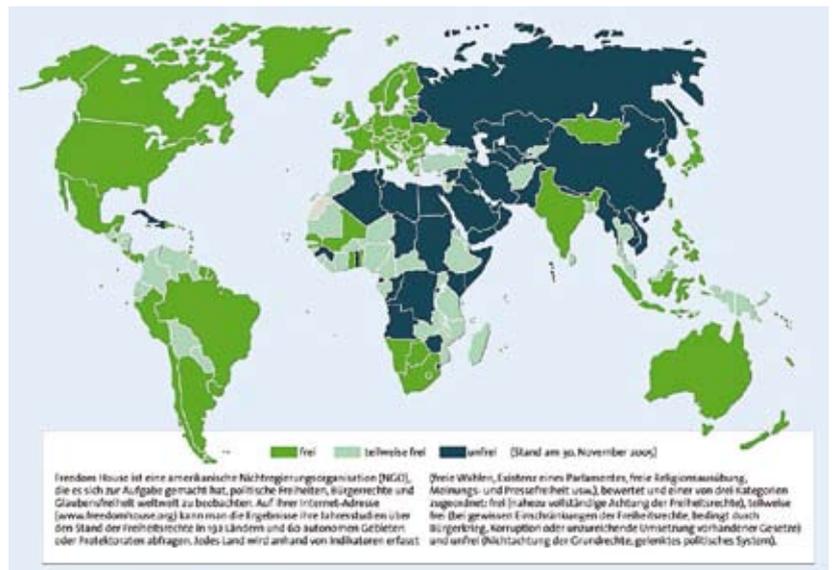
ii. Die Verbreitung westlicher Werte fördern

Um künftig wirkungsvoll international Politik gestalten zu können, braucht Deutschland starke und ähnlich denkende Partner. Politische Ziele lassen sich einfacher mit Verbündeten erreichen, die in Deutschland etablierte Grundwerte von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, der Partizipation aller gesellschaftlicher Gruppen an Entscheidungsprozessen, der Gleichberechtigung der Geschlechter und einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft teilen. Von den Ländern des Dynamischen Dutzends gelten sieben als „frei“ (Südkorea, Argentinien, Brasilien, Südafrika, Indien, Indonesien und Mexiko) und drei als „unfrei“ (Russland, Vietnam, China); die Türkei und Nigeria werden als „teilweise frei“ eingestuft. Das Gelten von auf westlichen Werten beruhenden politischen und bürgerlichen Rechten in mehr als dem „Halben Dutzend“ impliziert eine hohe

Interessenkongruenz. Es stellt somit ein großes geopolitisches Potenzial dar, das es zu fördern und zu verbreitern gilt.

Die Türkei steht dabei sinnbildlich für den Mentalitätswandel insgesamt, den Deutschland mit Blick auf die sich verändernde Welt vollziehen muss. Bei keinem anderen Land aus der Gruppe der „teilweise freien“ beziehungsweise „unfreien“ Länder hat Deutschland derartige Möglichkeiten, auf zunehmende Freiheiten und Demokratisierung hinzuwirken. Der EU-Erweiterungsprozess bietet den Rahmen für ein freiwilliges Schaffen europäischer Standards, der nirgendwo sonst gegeben ist. Außerdem kommt der Bundesrepublik – aufgrund ihrer historischen Beziehungen zur Türkei ebenso wie wegen der skeptischen Haltung der deutschen Öffentlichkeit und weiter Teile der politischen Eliten – eine Schlüsselrolle in den Beitrittsverhandlungen zu. Um diese Rolle aktiv einnehmen zu können, sollte sich die Perspektive auf das Land am Bosphorus ändern: weg vom

Allgemeine Freiheitsrechte weltweit



Quelle: Le Monde diplomatique, Berlin

verarmten Gastarbeiterland, das um Aufnahme in die EU bittet, hin zur prosperierenden Regionalmacht, die Teil des Dynamischen Dutzends ist.

Tatsächlich verfügen alle Länder des Dynamischen Dutzends über großen wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Einfluss auf andere Länder ihrer Region, sei es durch Handelsverflechtungen, politische Abhängigkeit oder schiere wirtschaftliche Größe. Für viele der wenig gefestigten beziehungsweise „unfreien“ Entwicklungsländer, zumal im südostasiatischen Raum, besitzt das chinesische System mit seiner Verbindung aus autoritärer Zentralgewalt und wirtschaftlicher Öffnung gerade nach der Finanz- und Wirtschaftskrise besondere Attraktivität. Einem wertebasierten Einwirken auf die Länder des Dynamischen Dutzends kommt somit immer auch eine bedeutende Multiplikatorenwirkung zu.

Eine wertorientierte Zusammenarbeit mit diesen Ländern ist dabei keineswegs als ausgleichendes Moment gegenüber einer interessegeleiteten Partnerschaft zu verstehen. Vielmehr sind beide Teil einer zusammenhängenden Strategie auf demselben Fundament. Es ist ja gerade das demokratische System einer offenen Marktwirtschaft, das in der Konkurrenz um die besten Ideen, Produkte und Dienstleistungen einen gesamtgesellschaftlichen Mehrwert sieht. Insofern ist es entscheidend, dass Deutschland seine Werte über die wirtschaftliche Stärke und Attraktivität des eigenen Systems vermittelt, nicht über Konditionalitäten.

iii. Sicherheitspolitische Aspekte einbeziehen

Während Außenwirtschaftsförderung und Werteorientierung in der Politik gegenüber Entwicklungs- und Schwellenländern bereits seit einigen Jahren diskutiert werden, spielen sicherheitspolitische Bezüge noch weitgehend eine Nebenrolle. Bereits vor sechs Jahren hat das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik dies in einem Papier zu

globalen Partnerschaften mit Schwellen- und Ankerländern thematisiert. Doch wird die erhebliche (über-)regionale sicherheitspolitische Bedeutung der Staaten des Dynamischen Dutzends nach wie vor nicht gebührend berücksichtigt.

Dabei sind die deutschen außen- und handelspolitischen Interessen vielfach mit der Stabilität der Länder des Dynamischen Dutzends verknüpft. Sie sind bedeutende Handelspartner Deutschlands und imstande, stabilisierend auf die sie umgebende Region auszustrahlen. Darüber hinaus sind deutsche Belange sowohl durch Problemlagen im Inneren dieser Länder als auch durch deren Mitwirkung bei der Bearbeitung äußerer sicherheitspolitischer Probleme betroffen. Dies gilt, um nur zwei Beispiele zu nennen, nach innen gegenüber China im Bereich Produktsicherheit und nach außen hinsichtlich der Rolle Brasiliens und der Türkei im Atomstreit mit Iran.

Aus diesen Gründen sollten Partnerschaften mit dem Dynamischen Dutzend auch sicherheitspolitische Aspekte systematisch einbeziehen. Bei einzelnen Ländern taugt die Entwicklung der

Werteorientierte Zusammenarbeit und interessengeleitete Partnerschaft sind keine Gegensätze, sondern Teil einer Strategie auf demselben Fundament: dem demokratischen System einer offenen Marktwirtschaft, das in der Konkurrenz um die besten Ideen, Produkte und Dienstleistungen einen gesamtgesellschaftlichen Mehrwert sieht.

Sicherheitsbehörden zu einem Schwerpunkt der Partnerschaft. Auf diese Weise lässt sich die Abwehrlinie gegen Bedrohungen, die auch Deutschland betreffen (wie illegale Migration, Terrorismus etc.), von den Außengrenzen der EU in das betreffende Land vorverlegen. Andere Länder mit überregionalem sicherheitspolitischem Stellenwert sollten entweder im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oder vor Ort im Rahmen von Friedensmissionen eingebunden werden.

iv. Die EZ der neuen Geberstaaten kritisch begleiten

Die Länder des Dynamischen Dutzends – wie wohl selbst noch Empfänger von Entwicklungshilfe – treten zunehmend selbst als Geberstaaten in Entwicklungsländern auf. Gerade die Rolle Chinas in Afrika, das einen offenen Umgang im Rahmen der „Süd-Süd-Kooperation“ mit dem Verfolgen politischer und kommerzieller Interessen verbindet, ist schon länger Gegenstand kritischer Diskussionen. Nun schloss auch Brasilien – zumindest vom Umfang der Hilfe her – auf: Der „Economist“ summierte jüngst die gesamte brasilianische Entwicklungshilfe (inklusive Kredite) auf rund 4 Milliarden US-Dollar im Jahr und zählt das Land damit zu den größten Gebern weltweit. Weitere Neulinge unter den Gebern sind Indien, Südkorea und Mexiko. In einer Studie aus dem Jahr 2008 ermittelte der Wirtschafts- und Sozialausschuss der Vereinten Nationen (ECOSOC), dass die Hilfe von Nicht-OECD-Ländern bereits knapp 10 Prozent der globalen EZ ausmacht – Tendenz steigend.

Deutschland und seine westlichen Partner müssen sich in ihrer Entwicklungspolitik gegenüber diesen neuen Akteuren auf der internationalen „Geberbühne“ – aber auch vis-à-vis den Empfängerländern – positionieren. Die neuen Geber bringen sowohl eigene Interessen als auch alternative Ansätze mit. Der große Vorteil von Ländern wie Brasilien ist, dass sie Projekte und Methoden der Entwicklungsarbeit auf Basis selbst gemachter Erfahrung anbieten können – und dass sie dies auf Augenhöhe tun. Wenn also weitere, neue Geber den bisherigen Partnern ihre eigenen Angebote machen, muss die deutsche Hilfe künftig attraktiver sein. Hierzu sollte sie in erster Linie auf eigenen Stärken basieren, die das Land für die langfristige Entwicklung seiner Partner nutzbar machen will.

Eine Möglichkeit des Engagements mit neuen Akteuren der EZ liegt in verstärkten „Dreiecks-

kooperationen“. Hierbei arbeiten Geberländer wie Deutschland, interessierte Länder des Dynamischen Dutzends sowie Entwicklungsländer als Empfänger der Hilfe in konkret umrissenen Projekten zusammen. Mit Brasilien und Mexiko betreibt die Bundesrepublik bereits einzelne Kooperationsprojekte in Drittstaaten, etwa zum Umweltschutz, zur Aids-Bekämpfung und in der Abfallwirtschaft. Die Identifizierung von inhaltlichen Feldern für eine solche trilaterale Zusammenarbeit sollte Teil der Partnerschaft mit den Ländern des Dynamischen Dutzends sein.

Indem es mit jedem Land des Dynamischen Dutzends mindestens eine Dreieckskooperation eingeht, erlangt Deutschland bei diesem viel besprochenen, aber bislang nur wenig realisierten Thema international eine Vorreiterrolle. Deutschland blickt auf Jahrzehnte der Erfahrung in der EZ

Deutschland und seine westlichen Partner müssen sich in ihrer Entwicklungspolitik gegenüber diesen neuen Akteuren auf der internationalen „Geberbühne“ – aber auch vis-à-vis den Empfängerländern – positionieren.

zurück und vermag aufstrebenden Partnern qualifizierte Angebote zu machen, um mit ihnen zum Wohle dritter Staaten zu kooperieren. Jene wiederum liefern Know-how aus eigener (Entwicklungs-)Erfahrung sowie den direkten Bezug zum Empfängerland als Teil der Süd-Süd-Kooperation.

Eine zusätzliche Einbindung der neuen Geber in den bestehenden Austausch zwischen den Geberländern ist ratsam. Dies hilft, Duplizitäten der Hilfe zu vermeiden. Ebenso gilt es zu verhindern, dass die durch Schuldenerlasse entstandenen finanziellen Spielräume gerade der ärmsten Staaten nun durch Kredite der neuen Geber konkurrenziert werden. Diese Koordinierung kann zum Beispiel über den Pariser Club der Schuldnerstaaten, den Ausschuss für Entwicklungszusammen-

arbeit (Development Assistance Committee, [DAC]) der OECD sowie in Geberabstimmungen in Drittländern erfolgen.

4.3.2 Globalen Anforderungen gemeinsam begegnen und internationale Institutionen reformieren

Die zuvor genannten Partnerschaften sollten außerdem zur Lösung globaler Probleme beitragen. Zentrale Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte wie Klimawandel, demografische Entwicklung und Ressourcenknappheit sind ohne die Mitwirkung der Länder des Dynamischen Dutzends aus mindestens drei Gründen nicht zu bewältigen: Um die gewünschte Wirkung überhaupt erzielen zu können, müssen entsprechende Maßnahmen auf globaler Ebene durchgeführt werden. Zum anderen würde dort, wo isolierte Beschlüsse im Kreis der alten Industriestaaten eine begrenzte Wirkung erzielen könnten, deren Legitimität schnell infrage stehen. Drittens erreichen die Kosten der Bewältigung der betreffenden Probleme ein Ausmaß, das eine Lastenteilung erforderlich macht.

Die Zeit der Ignoranz gegenüber den durchaus unterschiedlichen Positionen des Dynamischen Dutzends ist somit vorbei. Dies gilt für eine Reihe von Fragen vom Umweltschutz über ökonomische Ungleichgewichte bis zur Sicherheitspolitik. Insbesondere die Regulierung der Finanzmärkte nach der Finanz- und Wirtschaftskrise durch die G 20 und der Klimaschutz nach Ablauf des ersten Kyoto-Protokolls stehen auf der Agenda. Die Übernahme einer globalen Mitverantwortung durch die Länder des Dynamischen Dutzends ist daher auch im deutschen Interesse.

Deshalb sollte die Bundesregierung in ihren Partnerschaften gemeinsame Ansätze entwickeln, die sich der zentralen Anforderungen wirkungsvoll annehmen. Aus deutscher Sicht lautet dabei das Ziel, unter den neuen Mächten Partner für die Durchsetzung gemeinsamer strategischer Inte-

ressen zu finden. Die Beteiligung von Marinestreitkräften aus China, Russland und Indien an der EU-Operation „Atalanta“ am Horn von Afrika und im Indischen Ozean ist ein erster wichtiger Schritt zur gemeinsamen Verantwortungsübernahme im Kampf gegen die Piraterie. Entscheidend ist, dass das Wissen um die Unverzichtbarkeit des Dynamischen Dutzends in Bezug auf globale Herausforderungen schnell und systematisch Niederschlag in politischen Konzepten findet.

Gleichwohl bedürfen diese Staaten oftmals auch zukünftig der Unterstützung bei der Umsetzung von globalen Vereinbarungen. So beeindruckend der Aufstieg einiger Schwellenländer auf der Weltbühne auch sein mag, gegenüber den westlichen Staaten weisen sie bezüglich ihrer Problemlösungsfähigkeit weiterhin gewisse Rückstände auf. Aus diesem Grund sollten die Partnerschaften nicht nur darauf ausgerichtet sein, von diesen Staaten eine gebührende Mitwirkung bei der Problemlösung einzufordern, sondern auch darauf, sie beim Umsetzen gefasster Beschlüsse zu unterstützen. Diese Unterstützung kann auf einer

Die Zeit der Ignoranz gegenüber den durchaus unterschiedlichen Positionen des Dynamischen Dutzends ist somit vorbei. Deshalb sollte die Bundesregierung Partnerschaften entwickeln, um sich gemeinsam der globalen Herausforderungen wirkungsvoll anzunehmen.

Reihe von Feldern ansetzen: von der grundlegenden Kapazitätsbildung über diplomatische Unterstützung beim Zugang zu internationalen Gremien bis hin zum Wissenstransfer in der Umsetzung technologischer Projekte.

Gerade in dieser Unterstützung im beiderseitigen sowie globalen Interesse liegt ein Anknüpfungspunkt für eine verbleibende Steuerungsmöglichkeit Deutschlands und seiner westlichen Partner. Darüber hinaus kann diese Zusammenarbeit künftig als Basis für eine funktionstüchtige

Global Governance dienen. Denn abgesehen von der bilateralen Zusammenarbeit mit den Ländern des Dynamischen Dutzends liegt ein Schlüssel zum Umgang mit den neuen Machtverhältnissen in institutionellen Anpassungen. Zwar ist Ländern wie China, Brasilien, Indien oder Südafrika oftmals noch die reflexhafte Betonung von Grundsätzen der Vergangenheit (nationale Befreiung und Souveränität, internationale Solidarität gegenüber dem Westen) wichtiger als das Eintreten für zentrale Prinzipien globaler Governance (wie Menschenrechtsschutz, Nichtverbreitung von Nuklearwaffen oder internationale Strafjustiz). Doch aus genau diesem Grund sollte Deutschland zusammen mit seinen europäischen und amerikanischen Partnern die Bereitschaft zur Verantwortungsteilung demonstrieren und die Länder gleichzeitig darin unterstützen, ihrer neuen Rolle verantwortungsvoll zu entsprechen.

Während weitreichende Veränderungen wie etwa die Reform des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen erstrebenswert sind und auch in der Diskussion stehen, beschränkt sich dieses Papier auf zwei konkrete Empfehlungen in direktem Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise:

- i. die Verknüpfung des Pragmatismus der G 20 mit der Legitimation der UN sowie
- ii. die Zusammenlegung der europäischen Stimmrechte beim Internationalen Währungsfond (IWF).

i. Den Pragmatismus der G 20 mit der Legitimation der UN verknüpfen

Die G 20 hat sich in der Finanzkrise 2008/2009 als nützliches Instrument erwiesen. Sie brachte die für das Krisenmanagement maßgeblichen Akteure – darunter etliche Staaten des Dynamischen Dutzends – an einen Tisch und ermöglichte so wirksame Entscheidungen. Mittelfristig steht die Gruppe jedoch vor dem Problem, ihre geringe Interessenskongruenz und den Mangel an globaler Legitimation überwinden zu müssen.

Eine engere Anbindung an das System der Vereinten Nationen verstetigt und stärkt die G 20 als wirksames Instrument internationaler Politik. Hierzu dient die Institutionalisierung der Teilnahme von UN-Akteuren an G-20-Treffen. Auch sollten die G 20 internationale Organisationen wie den IWF, die Weltbank und die Welthandelsorganisation (WTO) nicht nur punktuell, sondern systematisch in die Vor- und Nachbereitung sowie Umsetzung von Maßnahmen einbinden. Dazu ist eine Teil-Synchronisierung der Agenden der beteiligten UN-Organisationen notwendig.

Am Ende würde die G 20 als eine Art „Caucus“ innerhalb der UN stehen. Weltbank und IWF nähmen hier eine Vorbildfunktion für andere Gremien der UN-Familie ein. Durch die engere Anbindung der G 20 an die UN könnte auch die Willensbildung zu der längst überfälligen institutionellen Reform ihrer dortigen Gremien befördert und die Bereitschaft zur Einigung erhöht werden.

ii. Die Zusammenlegung der europäischen Stimmrechte beim IWF

Das jeweilige finanzielle und Stimmgewicht der 186 Mitglieder des IWF (die sogenannte „Quote“) wird maßgeblich durch die wirtschaftliche Größe

Ein Schlüssel zum Umgang mit den neuen Machtverhältnissen liegt in institutionellen Anpassungen. Deutschland sollte seine Bereitschaft zur Machtteilung demonstrieren und die Länder des Dynamischen Dutzends in ihrer neuen Verantwortung gleichzeitig fordern und unterstützen.

eines Landes bestimmt. Derzeit verhandeln die G 20 über die Neuberechnung der Stimmanteile, um der gestiegenen Bedeutung einzelner Schwellen- und Entwicklungsländer Rechnung zu tragen. Hauptgewinner wären hierbei gerade Länder des Dynamischen Dutzends wie China, Südkorea, Indien, Brasilien und Mexiko. Beim G-20-Gipfel

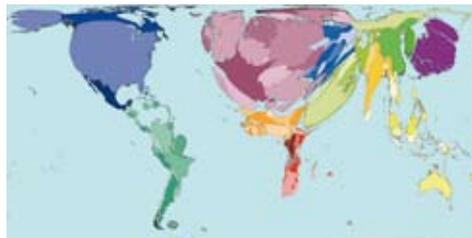
in Pittsburgh im September 2009 allerdings gerieten die diesbezüglichen Verhandlungen ins Stocken. Ein Abschluss der Reform wird nun für 2011 angestrebt.

Im Zuge der Erhöhung der Quoten vieler Schwellenländer stellt sich für die EU-Staaten die Frage nach einer Zusammenlegung ihrer Stimmenanteile. Zusammen genommen kommen die 27 EU-Mitglieder gegenwärtig auf einen Stimmenanteil von 32,02 Prozent. Dies ist fast doppelt so viel wie das stimmstärkste Land, die Vereinigten Staaten (16,74 Prozent). Aufbauend auf Erfahrungen bei der WTO, an welcher die EU auf Grundlage innergemeinschaftlicher Kompetenzen einheitlich repräsentiert ist, wäre eine solche Zusammenlegung ein sinnvolles Beispiel für das zukünftige Auftreten der EU in internationalen Gremien.

Eine Bündelung der europäischen Stimmen ist auf unterschiedliche Weise denkbar, als formeller oder informeller Zusammenschluss, als Kooperation der gesamten EU oder nur der Eurozone. Eine formale Bündelung der Stimmen als 27 EU-Mitglieder oder auch nur der 16 Staaten der Eurozone wäre der umfangreichste und schwierigste Schritt. Die informelle Bündelung im Innenverhältnis, das heißt ein interner Absprachemechanismus, wäre leichter zu bewerkstelligen, bliebe allerdings auch unverbindlicher. In der jüngeren Vergangenheit hatten sich die EU-Staaten bereits verstärkt um eine informelle Abstimmung bemüht, wobei die gleichzeitigen Absprachen der G 7 hiermit teilweise konfligierten.

Für einen realistischen Anfang sollte sich Deutschland mit ausgewählten EU-Partnern auf eine feste informelle Zusammenlegung der Stimmen einigen. Das vereinte Gewicht Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens allein brächte mit 15,1 Prozent bereits eine Sperrminorität gegenüber bestimmten Mehrheitsentscheidungen. Bereits die Hinzunahme Italiens würde die USA als stimmstärkstes Land ablösen.

Stimmrechte eines Landes im IWF (2006) im Verhältnis zu seinem Territorium



© Copyright SASI Group (University of Sheffield) and Mark Newman (University of Michigan)

In jedem Fall dürfte eine gebündelte EU-Stimme nicht nur der besseren Durchsetzbarkeit der (kern-)europäischen Ziele dienen. Sie würde im Übrigen auch die Mitgliedsstaaten zwingen, sich besser über ihre gemeinsamen Interessen zu verständigen. Möglicherweise erleichtert die größere Übersichtlichkeit durch Stimmenbündelung darüber hinaus sogar ambitioniertere Reformen des IWF und präpariert den Fonds somit für eine wirkungsvollere Bekämpfung künftiger Finanzmarktkrisen.

Die neue Normalität nach der Finanz- und Wirtschaftskrise ist durch eine machtpolitisch zugunsten der Länder des Dynamischen Dutzends verschobene Weltordnung gekennzeichnet. Hieran ändert auch das relativ gute (wirtschaftliche) Abschneiden Deutschlands nichts. Wenn Deutschland seine globale Handlungsfähigkeit behalten will, muss es sich auf diese veränderte Situation sowie die neuen Akteure einstellen. Hierzu benötigt die Bundesregierung ein strategisches Konzept, das die Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik miteinander verzahnt sowie die Grundlage für neue globale Partnerschaften mit dem Dynamischen Dutzend bildet. Die öffentliche Debatte über diese Neuorientierung Deutschlands in der Welt ist längst überfällig.

5 Anhang

Übersicht Schwellenländer und Machtfaktoren

(alle Zahlen für 2009, sofern nicht anders angegeben)

	Bevölkerung (in Mio.)	BIP-Wachstum 2000–2008 (%)	BIP pro Kopf (US-\$)	Staatsschuld (% des BIP)	Anteil am Welt-BIP (%)	Handel (% des BIP)	Militärausgaben (% des BIP)	IWF-Stimmanteil (%)	G-20-Mitgliedschaft	WTO-Mitgliedschaft
Ägypten	81,527	5	1995,76	80,10	0,64	77,15	7,53	0,44	Nein	Ja
Argentinien	39,876	4	8235,71	48,60	0,82	45,13	0,76	0,96	Ja	Ja
Bangladesch	160,000	6	433,69	38,80	0,33	46,48	1,20	0,25	Nein	Ja
Brasilien	191,972	4	8205,13	60,00	2,86	28,50	1,48	1,38	Ja	Ja
Chile	16,758	4	10084,42	6,10	0,35	86,20	3,51	0,40	Nein	Ja
China	1325,640	10	3266,51	16,90	11,41	65,05	1,96	3,65	Ja	Ja
Indien	1139,965	8	1016,85	58,00	4,76	50,70	2,45	1,88	Ja	Ja
Indonesien	228,249	5	2246,50	27,40	1,31	58,39	0,98	0,95	Ja	Ja
Iran	71,956	6	4027,79	16,70	1,16	53,72	2,87	0,69	Nein	Ja
Mexiko	106,350	2	10231,53	37,70	2,23	58,74	0,40	1,43	Ja	Ja
Nigeria	151,319	6	1369,72	14,30	0,46	66,23	0,00	0,80	Nein	Ja
Pakistan	166,037	5	990,53	46,20	0,61	36,60	3,27	0,48	Nein	Ja
Philippinen	90,348	5	1847,39	58,70	0,46	75,56	0,81	0,41	Nein	Ja
Russland	141,800	7	11831,52	6,30	3,26	52,80	3,50	2,69	Ja	Ja
Saudi-Arabien	24,646	4	19021,60	22,90	0,85	106,47	8,15	3,16	Ja	Ja
Südafrika	48,687	4	5678,01	29,50	0,71	73,83	1,36	0,85	Ja	Nein
Südkorea	48,607	4	19114,96	23,50	1,94	106,96	2,60	1,33	Ja	Ja
Türkei	73,914	5	9941,96	46,30	1,32	52,27	2,17	0,55	Ja	Nein
Venezuela	27,943	5	11245,76	18,00	0,51	50,60	1,06	1,21	Nein	Ja
Vietnam	86,211	8	1051,43	53,70	0,35	172,96	2,02	0,16	Nein	Ja
Zum Vergleich:										
EU	496,754	2	33052,00	73,60	21,96	50,70	2,50	32,02	Ja	Ja
Japan	127,704	1	40020,00	189,30	6,27	13,60	0,90	6,01	Ja	Ja
USA	304,060	2	46381,00	52,90	20,78	13,40	4,30	16,74	Ja	Ja

Quellenverzeichnis

1. Die Krise als Katalysator

Central Government Debt. OECD StatExtracts, 2010

China and India: Contest of the century. The Economist, 19. August 2010

China ‚overtakes‘ Germany to become largest exporter. The Independent, 11. Januar 2010

Dreaming with BRICs: The Path to 2050. Goldman Sachs Global Economics Paper No. 99, 1. Oktober 2003

Hilpert, Hanns Günther: *Der Aufstieg Chinas zur neuen wirtschaftlichen Mitte Asiens.* In: Wacker, Gudrun (Hrsg.): *Chinas Aufstieg: Rückkehr der Geopolitik?* SWP-Studie 2006/ S 03, Februar 2006

How Solid are the BRICs? Goldman Sachs Global Economics Paper No. 134, 1. Dezember 2005

Seeing the world differently. The Economist, 10. Juni 2010

The Long-Term Outlook for the BRICs and N-11 Post Crisis. Goldman Sachs Global Economics Paper No. 192, 4. Dezember 2009

2. Das Dynamische Dutzend als Gewinner der Krise

IMF. World Economic Outlook, 2010

Report on the European Economy. European Economic Advisory Group (EEAG) at CESifo, 2010

Stamm, Andreas: *Schwellen- und Ankerländer als Akteure einer globalen Partnerschaft. Überlegungen zu einer Positionsbestimmung aus deutscher entwicklungspolitischer Sicht.* Discussion-Paper 1/2004, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 2004

3. Erkennbare Trends einer globalen Machtverschiebung

An army marches on its wallet. Blighty – The Economist online, 22. Juli 2010

Brasilien wetteifert mit China um Afrikas Rohstoffe. Handelsblatt, 17. Februar 2010

Buiter, Willem: *Sovereign Debt Problems in Advanced Industrial Countries (Global Economics View)*. Citibank, 26. April 2010

Die Außenwirtschaftsoffensive: Chancen nutzen – weltweit. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, März 2010

Die Rohstoffinitiative – Sicherung der Versorgung Europas mit den für Wachstum und Beschäftigung notwendigen Gütern. Europäische Kommission, 2008

Evenett, Simon J. (Hrsg.): *Unequal Compliance: The 6th GTA report*. Global Trade Alert (GTA), 2010

Gigantische Neuverschuldung. sueddeutsche.de, 5. März 2010

Horton, Mark, Kumar, Manmohan, und Mauro, Paolo: *The State of Public Finances: A Cross-Country Fiscal Monitor*. IMF Staff Position Note No. SPN/09/21, 2009

International Trade. OECD StatExtracts, 2010

Monatsbericht des Bundesministerium für Finanzen. Juli 2010

Nato to make cutbacks amid budget crisis. EUobserver.com, 11. Juni 2010

Öffentliches Defizit in der Eurozone und in der EU27 bei 6,3 % bzw. 6,8 % des BIP. Eurostat Pressemitteilung 55/2010, 22. April 2010

Public debt in 2020: A sustainability analysis for DM and EM economies. DB Research, 24. März 2010

SIPRI Yearbook 2010 – Military Expenditure. Stockholm 2010

UNCTAD. World Investment Report 2010

US-Rüstungsetat steigt weiter. Frankfurter Rundschau, 14. August 2010

4. Politikempfehlungen

A more research-intensive and integrated European Research Area. Science, Technology and Competitiveness key figures report 2008/2009. European Commission 2008

Ausgaben für Forschung und Entwicklung in der EU27 im Jahr 2007 unverändert bei 1,85 % des BIP. Eurostat-Pressemitteilung 127/2009, 8. September 2009

Außenhandelsstatistik 2009. Statistisches Bundesamt Deutschland

Bericht zufolge 14 wichtige mineralische Rohstoffe knapp. Pressemitteilung der EU-Kommission (IP/10/752), 17. Juni 2010

Brazil's foreign-aid programme: Speak softly and carry a blank cheque. The Economist, 15. Juli 2010

Castañeda, Jorge G.: *Not Ready for Prime Time. Why Including Emerging Powers at the Helm Would Hurt Global Governance.* In: Foreign Affairs September/Oktober 2010

China loans create ,new wave of Africa debt'. Financial Times, 7. Dezember 2006

Davies, Martyn: *How China delivers development assistance to Africa.* Centre for Chinese Studies, University of Stellenbosch, 2008

Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen. Sachverständigenrat 2009 (Jahresgutachten 2009/2010)

Education at a Glance 2010: OECD Indicators. OECD, 2010

Folgen der absehbaren Eisenerzpreiserhöhung für die deutsche Industrie. Antwort der Bundesregierung, Deutscher Bundestag (Drucksache 17/1861), 27. Mai 2010

Freedom in the World. Freedom House, 2010

German army cuts to push Europe closer on defence. Reuters, 28. Juli 2010

Gill, Bates et al.: *Assessing China's Growing Influence in Africa.* China Security 3/3, 2007

Ischinger, Wolfgang: *Entscheidungen aus einem Guss.* Interview mit dem SPIEGEL, 1. März 2010

Mauß, Hanns W.: *Aufleisen Sohlen aus der Außenpolitik?* In: Internationale Politik, September 2003

Official Development Aid Disbursements. OECD StatExtracts, 2010

Öffnungspolitik der Türkei in Afrika. TRTdeutsch.com, 21. März 2010

OECD Science, Technology and Industry Outlook 2008. OECD 2009

Padoan, Pier-Carlo: *A single European seat in international financial institutions.* In: Tsoukalis, Loukas (Hrsg.): *The EU in a world in transition: Fit for what purpose?* London 2009

Pisani-Ferry, Jean, und Véron, Nicolas: *The reform of global economic and financial governance.* In: Tsoukalis, Loukas (Hrsg.): *The EU in a world in transition: Fit for what purpose?* London 2009

Prognos AG: *Zukunftsatlas Branchen 2009*. Basel/Berlin 2009

Recycling für den Klimaschutz. Fraunhofer UMSICHT und INTERSEROH, Oktober 2008

Reinhart, Carmen M., und Rogoff, Kenneth S.: *Growth in a Time of Debt*. Januar 2010

Stamm, Andreas: *Schwellen- und Ankerländer als Akteure einer globalen Partnerschaft. Überlegungen zu einer Positionsbestimmung aus deutscher entwicklungspolitischer Sicht*. Discussion-Paper 1/2004, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 2004

Steel recycling on the rise. euractiv.com, 7. September 2009

Steuerliche Forschungsförderung unverzüglich einführen! BDI/BDA 2009

Trends in South-South and triangular development cooperation. ECOSOC (Background Study for the Development Cooperation Forum), April 2008

Triangular Cooperation and Aid Effectiveness. OECD, 2009

Tull, Denis M.: *Die Afrikapolitik der Volksrepublik China*. SWP-Studie 2005/S 20, August 2005

von Nordenskjöld, Fritjof: *Alle Macht dem Kanzler*. Internationale Politik, September/Oktober 2009

5. Anhang

Central Intelligence Agency: *The World Factbook, Country Comparison: Public Debt*.
<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/rankorder/2186rank.html>

Group of 20: *What is the G20?* http://www.g20.org/about_what_is_g20.aspx

International Monetary Fund: *IMF Members' Quotas and Voting Power and IMF Board of Governors*.
<http://www.imf.org/external/np/sec/memdir/members.htm>

International Monetary Fund: *World Economic Outlook*. <http://www.econstats.com/weo/V012.htm>

World Bank: *World Development Indicators/World Databank*. <http://databank.worldbank.org>

World Trade Organisation: *Members and Observers*.
http://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/tif_e/org6_e.htm

Impressum

Alle Rechte vorbehalten.
Abdruck oder vergleichbare Verwendung von
Arbeiten der *stiftung neue verantwortung* ist
auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher
Genehmigung gestattet.

Der Policy Brief gibt ausschließlich die persönliche
Auffassung der Autoren wieder und entspricht
nicht notwendigerweise der Meinung der *stiftung
neue verantwortung*.

© stiftung neue verantwortung, August 2010

stiftung neue verantwortung e. V.
Beisheim Center
Berliner Freiheit 2
10785 Berlin
T. +49 30 81 45 03 78 80
F. +49 30 81 45 03 78 97
www.stiftung-nv.de
info@stiftung-nv.de

Konzept und Gestaltung:
Prof. Dr. h. c. Erik Spiekermann
Edenspiekermann AG

Layout:
enoto Medienbüro Berlin

Kostenloser Download:
www.stiftung-nv.de

Über uns

Die *stiftung neue verantwortung* fördert das interdisziplinäre und sektorübergreifende Denken entlang den wichtigsten gesellschaftspolitischen Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Durch ihr Fellow- und Associate-Programm bringt die Stiftung junge Experten und Vordenker aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zusammen, die in zeitlich befristeten Forschungsprojekten neue Ideen und Lösungsansätze entwickeln und diese durch Publikationen und auf Veranstaltungen in den öffentlichen Diskurs einbringen.

Arbeitsweise

Die stetig komplexer werdenden Anforderungen einer Multi-Stakeholder-Gesellschaft verlangen ein die Grenzen von Disziplinen und Sektoren überwindendes Denken und Handeln. Das Zusammenführen von Experten und Vordenkern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft schafft das Fundament für eine bestmögliche Analyse und Lösung schwieriger Zukunftsfragen. In unseren Projektteams treffen kontroverse Denkstile, Fragestellungen und Betrachtungsweisen aufeinander. Über trennende Fächer- und Organisationsgrenzen hinweg erschließen sich die Projektteams strategisches Fach- und Führungswissen und erarbeiten konstruktive Lösungen. Jedes Projektteam wird von einem Fellow geleitet, der mit Associates zusammenarbeitet. Die Zusammenstellung jedes Teams hängt von der für eine erfolgreiche Projektarbeit relevanten Themen-, Praxis- oder Prozessexpertise seiner Mitglieder ab.

Weitere Informationen unter: www.stiftung-nv.de